Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 6.— Mk., durch unsere Austräger 6.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 6.— Mk. und 85 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 7 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer 30 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: für den achtgespaltenen Millimeterraum 35 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk., für Ehrsprüchanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg“ und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“, der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd“ und der gelegentlich erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg“

Nr. 238 — Dienstag den 11. Oktober 1921 — 48. Jahrg.

Die Sorge um Oberschlesien.

Bei seiner Rückkehr von einem kurzen Urlaub hat der Reichskanzler Dr. Wirth in Offenburg Gelegenheit genommen, in einer größeren Rede die politische Lage zu erörtern. Der Kanzler hat sich dabei besonders auch der oberschlesischen Frage zugewandt und hat seine Besorgnis nicht verhehlt. „Ich bin sehr besorgt um das Schicksal dieses Landes“, so heißt es in der Kanzlerrede, und leider scheint die Besorgnis Dr. Wirths nur allzu berechtigt zu sein. Alle Nachrichten aus Genf lassen erkennen, daß dort sich eine Lösung der oberschlesischen Frage vorbereitet, die für Deutschland unerträglich sein würde. Zu dem Fiasko des Völkerbundes in der litauisch-polnischen Frage, zu dem Fiasko des Bundes in der Frage der Hilfeleistung für das hungernde Rußland scheint sich nun auch noch die Bankrotterklärung in der oberschlesischen Frage gesellen zu sollen.

Man kann heute kaum noch einen Zweifel daran haben, daß die Entscheidung über Oberschlesien gar nicht mehr beim Völkerbund, sondern daß sie bereits wieder in London und Paris liegt. Die Schweizer Depeschenagentur hat dieser Anschauung ganz offen Ausdruck verliehen. Der gewöhnlich gut unterrichtete Genfer Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“ erklärt zwar diese Meldung für zu weitgehend, aber auch er muß doch zugeben, daß die Kommission des Völkerbundes „politische Erwägungen nicht außer acht lassen könne“ und sich in London und Paris erkundigt habe, wie man über ihren Plan denke. Auf diese Anfragen in London und Paris ist denn auch die Verzögerung der Entscheidung zurückzuführen. Diese Art der Erledigung, durch die sich ja der Völkerbund mehr oder minder selbst ausschaltet und die Entscheidung wieder in die Hände des Obersten Rates legt, hat auch bereits — wie bestimmt versichert wird — dazu geführt, daß ein nichteuropäisches Mitglied des Rates erklärt hat, er wolle sich von der ganzen Angelegenheit zurückziehen, denn wenn die Mächte in dieser Weise vorgingen, so wolle er mit den europäischen Angelegenheiten überhaupt nichts mehr zu tun haben. Seinen Kollegen ist es unter Aufbietung all ihrer Überredungskunst gelungen, dieses Fiasko nach außen zu verschleiern und das in Frage stehende Mitglied des Völkerbundsrates zu einer Änderung seiner Haltung zu veranlassen. Tatsächlich ist ja auch die Lage für die Delegierten beim Bunde nicht eben einfach. Einige dieser Mitglieder schwanken, wie es in dem berüchtigten Deutsch einer Ost-Europe-Meldung heißt, „sichtlich zwischen ihrer Ergebenheit dem Völkerbund gegenüber, zwischen ihren internationalen Verpflichtungen und ihrer Loyalität gegenüber ihren eigenen Regierungen“.

Über den Plan, der nun also wieder zwischen London und Paris diskutiert wird, liegen mancherlei Meldungen vor. Bald heißt es, man habe sich auf die Sforza-Linie geeinigt, bald wird von einer „verbesserten“ Sforza-Linie gesprochen und ferner, was zu der größten Besorgnis Anlaß gibt, von der Schaffung eines oberschlesischen Kohlenstaates. Aus dem Industrie-Dreieck in Oberschlesien soll angeblich ein autonomes Wirtschaftsgebiet innerhalb des polnischen Staates gebildet werden. Diesem Gebiet soll die deutsche Währung garantiert werden, es sollen keine Zollschranken gegen Deutschland gezogen werden und ferner soll das Verkehrswesen deutsch organisiert bleiben. Es braucht wohl nicht weiter betont zu werden, daß bei der Schaffung eines solchen Provisoriums nie ein politischer oder wirtschaftlicher Ruhezustand eintreten würde. Es braucht auch wohl ferner nicht besonders betont zu werden, daß all diese Lösungen, von denen jetzt immer wieder die Rede ist, sei es nun, daß es sich um die Sforza-Linie oder um die Korfanty-Linie oder um die Schaffung eines autonomen Wirtschaftsstaates handle, nichts mehr zu tun haben mit dem von Lloyd George feierzeit feierlichst zugesagten fair play.

Für Deutschland ist jede dieser Kompromißlösungen indiskutabel. Das muß immer wieder betont werden, und zwar nicht etwa, weil Deutschland sich irgend welchen Verpflichtungen des Friedensvertrages entziehen will, sondern gerade deshalb, weil Deutschland hier für die unbedingte Einhaltung der klaren Bestimmungen des Vertrages eintritt. Darüber hinaus muß gerade eine „Regierung der Erfüllung“ ganz unbedingt für das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland eintreten, denn nur so ist eine Erfüllung der ungeheuren Verpflichtungen, die Deutschland übernommen hat, denkbar. Es ist ja oft genug gezeigt worden, wie die Leistungsfähigkeit Deutschlands von dem Verbleiben Oberschlesiens beim Reich abhängt. Die oberschlesische Frage ist für Deutschland eine Lebensfrage.

Auch darüber soll man sich im Auslande nicht täuschen, von welcher ungeheuren Bedeutung für die innere Lage in Deutschland die Entscheidung über Oberschlesien werden kann. Man hat im allgemeinen ja den Eindruck, als ob die Entente das Kabinett Wirth mit seinem Erfüllungsprogramm erhalten möchte. Man wird sich darüber klar werden müssen, wie man durch eine ungünstige Lösung der oberschlesischen Frage die nationalistische Opposition in Deutschland stärken würde, und es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß auch nach einer ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien in Deutschland alles beim alten bleiben würde.

*

Eine Kabinettssitzung wegen dem oberschlesischen Problem.

Dem B. T. zufolge ist für Dienstag vormittag eine Kabinettssitzung anberaumt, in der das oberschlesische Problem und die sich aus der Entscheidung ergebenden Folgen beraten werden sollen. Zu dieser Sitzung wird, wie das Blatt mitteilt, Reichsminister des Äußern Dr. Rosen über seine Besprechungen mit dem deutschen Botschafter in London, Sthamer, berichten. Nach einer andern von den Blättern wiedergegebenen Version soll der Reichskanzler gestern abend unmittelbar nach der Rückkehr des Kanzlers über das oberschlesische Problem beraten haben.

Außerordentliche politische Spannung in Berlin.

Berlin, 11. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die Sitzung des Reichskabinetts, die heute nacht unmittelbar nach der Ankunft des Reichskanzlers begann und bis nach 1 Uhr nachts dauerte, ist heute vormittag wieder aufgenommen worden, und dehnt sich bis in den Nachmittag aus. In der Nachtsitzung erstattete der Außenminister Dr. Rosen Bericht über die Lage, im besonderen Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung über Oberschlesien in Genf. Es schloß sich eine ausgedehnte Aussprache daran, die schließlich abgebrochen und heute vormittag wieder aufgenommen wurde. Diese Aussprache ist von vornherein für streng vertraulich erklärt worden. Immerhin hält es die zuständige Stelle für nützlich, verschiedenen falschen Gerüchten entgegenzutreten, die aus Kombinationen über die nächtliche Kabinettssitzung entstanden sind, und in verschiedenen Blättern wiedergegeben werden. So wird behauptet, der Außenminister Dr. Rosen habe dem am Sonntag in Berlin gewesenen deutschen Botschafter Dr. Sthamer in London bestimmte Wünsche und Aufträge mit auf den Weg gegeben, etwa in der Richtung, daß Dr. Sthamer in London darauf aufmerksam machen solle, daß das Reichskabinett im Falle einer ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien zurücktreten werde. Diese Gerüchte treffen nach unseren Informationen nicht zu. Eine derartige Anweisung an den Botschafter wäre ganz überflüssig, denn das Ausland weiß aus wiederholten Äußerungen des Reichskanzlers Dr. Wirth, daß er den Bestand seiner Regierung von der Entscheidung über Oberschlesien abhängig macht. Unter dem Einfluß der außerordentlichen politischen Spannung lassen noch verschiedene Gerüchte um, die sich in der Richtung bewegen, daß im Reichskabinett ein Gegensatz zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth und dem Außenminister Dr. Rosen bestehe. Über diese Gerüchte äußerte sich die zuständige Stelle natürlich sehr zurückhaltend, doch ist zu hoffen, daß sie noch im Laufe des Tages geklärt werden.

Minister Gradnauer fordert die Mithilfe Frankreichs.

Berlin, 11. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Der Berliner Vertreter des Blattes „Ouvre“ hatte eine Unterredung mit dem Reichsminister Dr. Gradnauer. Der Minister erklärte, die finanzielle Lage Deutschlands sei schwierig und sie sei, solange die Deutsche Volkspartei ihre Mitarbeit an der Regierung versagte, bedrohlich gewesen. Jetzt aber habe die Deutsche Volkspartei offenbar die Politik des Kabinetts Wirth verstanden und scheine sich ihr anzuschließen. In Frankreich dürfe man nicht glauben, daß der Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung eine Änderung des politischen Kurses in Deutschland bedeute. Die finanzielle Lage bleibe schwierig und Frankreich müsse Deutschland helfen. Frankreich müsse entscheiden, besonders beizutragen, daß die Entscheidung über die oberschlesische Frage nicht zum Nachteil Deutschland gelöst werde. Oberschlesien habe keine militärische Bedeutung, sondern es sei die Produktionsquelle, die allein Deutschland es gestatten würde, seinen wirtschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen.

Englische Intervention gegen Polens Bevorzugung.

Paris, 11. Okt. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, soll die Diskussion im Völkerbundsrat in Genf erst in einem oder zwei Tagen beendet sein. Allem Anschein nach kann man befürchten, daß die Lösung, zu der man sich orientiert, darin besteht, Oberschlesien einschließlich des Industriegebietes gemäß dem arithmetischen Ergebnis der Volksabstimmung zu teilen und provisorisch durch eine Spezialorganisation die wirtschaftliche Einheit des Landes aufrechtzuerhalten. Das Blatt behauptet, angeblich nach Pariser Nachrichten, England habe in Genf interveniert, um sich einer proportionischen Lösung zu widersetzen.

Das Wiesbadener Abkommen vor der Reparationskommission

Paris, 11. Okt. Das Wiesbadener Abkommen ist gestern von der französischen Regierung der Reparationskommission mitgeteilt worden. Die Kommission wird unverzüglich mit der Prüfung beginnen. Man glaubt, daß sie ihre Ansicht schon im Laufe der nächsten Woche bekanntgeben wird.

Um die Annullierung der interalliierten Schuld.

Manchester, 11. Okt. Die hiesige Handelskammer hat gestern eine Entschließung angenommen, in der die Regierung darauf hingewiesen wird, daß es von höchstem Werte wäre, die interalliierten Schulden zu annullieren oder zu prolongieren. Ferner heißt es in der Entschließung, diese Maßnahme würde das kräftigste Mittel bedeuten, um den chaotischen Zustand der ausländischen Wechselkurse, der in hohem Maße für den Stillstand des Handels und die Arbeitslosigkeit verantwortlich sei, zu verbessern.

Keine Bewaffnung der Arbeiter in Wien.

Wien, 11. Okt. Die Politische Korrespondenz erfährt von zuständiger Seite, daß die Meldung eines Montagsblattes, daß die Arbeitersportvereine, und zwar mit Zustimmung der Regierung, bewaffnet worden seien, völlig aus der Luft gegriffen ist.

Die belgische Delegation für die Abrüstungskonferenz.

Brüssel, 11. Okt. Der Ministerrat hat gestern von der Einladung zur Teilnahme an der Washingtoner Konferenz Kenntnis genommen und beschlossen, daß der belgische Gesandte in Washington als Delegierter an dieser Konferenz teilnehmen soll. Der Ministerrat hat sich vorbehalten, die belgische Delegation eventuell durch andere Persönlichkeiten zu vervollständigen.

Der „Vorwärts“

ist infolge der für Deutschland ungünstig lautenden Nachrichten aus Genf um das Schicksal des Kabinetts Wirth äußerst besorgt. Das Blatt schreibt: Die Sozialdemokratie steht in Verteidigungsstellung zum Schutze des Kabinetts Wirth und seiner bisherigen Politik. Sie ist von vorn angegriffen von den Nationalisten Deutschlands und sie ist im Rücken bedroht durch die Entscheidung über Oberschlesien. Ob sie imstande sein wird, ihre Stellung zu behaupten, das wird von der Entscheidung über Oberschlesien abhängen. Fällt diese so ungünstig aus, wie hier befürchtet wird, so werden wir deshalb noch nicht die Flinte ins Korn werfen, aber wir dürfen uns auch nicht verhehlen, daß dann die Zukunft sehr dunkel vor uns liegt.

Zusammentritt des Reichstagsausschusses.

Wie die Blätter aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten am Mittwoch zusammentreten, um über die oberschlesische Frage zu beraten.

Die Polen bedrohen Deutsche in Oberschlesien.

Wie man uns aus Kattowitz meldet, trafen am Sonnabend in Beuthen 70 deutsche Männer aus Friedenshütte ein, die durch Bedrohung seitens der Polen zur Flucht genötigt waren. Auch aus Lipine und anderen Orten kamen deutsche Flüchtlinge nach Beuthen.

Deutsche Arbeitervertreter reisen nach London.

Wie das B. T. erfährt, ist gestern abend eine Abordnung von deutschen Arbeitervertretern nach London gereist. Diese Reise ist veranlaßt durch die alarmierenden Nachrichten über den Stand der oberschlesischen Frage.

Ein oberschlesisches Kompromiß?

Der in Genf weilende Vorsitzende der oberschlesischen Zentrumspartei Ulitzka erklärte einem Korrespondenten des „B. T.“, der von dem Tschechen Kawac und dem Schweizer Herold ausgearbeitete Entwurf sei von dem Vertreten diktiert, in der oberschlesischen Frage eine Einigung zwischen England und Frankreich herbeizuführen und hat alle Fehler eines Kompromisses in höchster Potenz. Man glaubt die versöhnende Lösung darin gefunden zu haben, daß man politisch das oberschlesische Industriegebiet zu einem guten Teile zu Polen schlägt, diesen polnisch gewordenen Teil aber gemeinsam mit dem deutsch gebliebenen als wirtschaftliche Einheit erhalten will. In dem naturnotwendig gegebenen Konflikte um die wirtschaftliche Vorherrschaft werde die deutsche wie die polnische Bevölkerung Oberschlesiens gleichmäßig leiden. Der Plan ist praktisch unburchführbar. Von der oberschlesischen Bevölkerung und der deutschen Regierung muß klar und entschieden die Unannehmbarkeit und Undurchführbarkeit dieses Projektes erklärt werden. Eine solche Lösung ist eine Brüskierung des reparationswilligen Kabinetts Wirth und bedroht den Bestand des Kabinetts und dessen bisherige Politik aufs schwerste. Das fragliche Projekt hat die oberschlesische Frage nicht gefördert, sondern um ein großes Stück zurückgeschleudert.

Entscheidung des Völkerbundsrates am Mittwoch.

Der Genfer Korrespondent des „Temps“ teilt mit: Die Vorlegung des von den vier Mitgliedern ausgearbeiteten Entwurfes im Völkerbundsrat ist gestern vormittag stattfinden sollen. Sie sei auf Mittwoch verschoben worden. Der Völkerbundsrat habe sich also noch nicht mit Oberschlesien beschäftigt. Er werde am Mittwoch unter dem Vorsitz des Vicomte Ishii zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten, um von dem Ergebnis der Beratungen der Botschafterkommission Kenntnis zu nehmen. Am gleichen Abend werde er sich über die dem Obersten Rat zwecks Leitung Oberschlesiens „zu empfehlenden Lösung“ einigen.

Ein englischer Parlamentarier für die Unteilbarkeit Oberschlesiens.

London, 10. Okt. Das Parlamentsmitglied Kennworthy schreibt in einem Brief an die „Times“, es scheine die Gefahr zu bestehen, daß die britische öffentliche Meinung, beschäftigt mit den irischen Verhandlungen, mit Washington, mit der Arbeitslosigkeit und den hohen Steuern in ihrem Interesse für die ebenso wichtige oberschlesische Frage nachlasse. Dies würde bedeuten, daß Lloyd George und seine Kollegen ebenso das Interesse daran verlieren würden. Kennworthy führt fort, das oberschlesische Problem sei heute ebenso wichtig, wie jedes andere Problem.

Denn von der richtigen Lösung der oberschlesischen Fragen hänge die wirtschaftliche Lage Europas ab und damit verknüpfe sich die Hoffnung auf ein Wiederaufleben des englischen Handels. Ein neues Elsaß-Lothringen könnte hier mit ähnlichen Ergebnissen geschaffen werden. — Es gehe das Gerücht, daß Oberschlesien jetzt doch geteilt werden solle und daß eine politische und eine wirtschaftliche Grenzlinie gezogen werden soll. Nichts sei weniger durchführbar. Jede Teilung Oberschlesiens würde ein wirtschaftliches Verbrechen sein, nicht nur gegen die Provinz selbst und gegen Deutschland, sondern auch gegen Polen und das übrige Mitteleuropa. Das mindeste, was der Völkerbund tun könne, sei, die Bewohner Oberschlesiens erst zu befragen. Oberschlesien sei der höchstentwickelte Industriebezirk Europas und sei unteilbar wie das Werk einer Uhr. Die Mehrzahl der Bevölkerung sei gegen die Teilung. Sie wisse, daß sie den Ruin bedeuten würde.

Die strittigen Punkte.

Paris, 10. Okt. In den Enthüllungen des „Newyork Herald“ über die Vorgänge in Genf schreibt die rechtsstehende „Libre Parole“:

Die Meinungsverschiedenheiten erstrecken sich auf zwei Punkte, zunächst auf die Zuteilung von Katowitz und Königshütte an Polen und dann auf die Einsetzung einer internationalen Kommission für die wirtschaftliche Kontrolle, die unzweifelhaft eine der barocksten Schöpfungen wäre, die die neue Diplomatie zur Welt brachte. Ihre Bäterschaft werde dem Belgier Hymans zugeschrieben. Sie wäre des würdige Gegenstück zu der unwahrscheinlichen Kombination von Wilna.

Neue polnische Aufstandspläne in Oberschlesien.

Es kann nunmehr als Tatsache gelten: Der neue polnische Putsch, dessen Ausbruch für Sonntag angesetzt war, ist vorläufig verschoben worden. Eine hierüber vorliegende Nachricht aus Beuthen besagt folgendes: Gestern abend fand im Lommnitz-Hotel hinter verschlossenen Türen eine streng geheime Sitzung der militärischen und politischen Führer der Polen statt. Es kam zu sehr lebhaften Debatten. Das Ergebnis der Besprechung war folgendes: Die militärischen Führer haben sich in der nächsten Zeit stets für Abruf bereit zu halten. Infolge unvorhergesehener Ereignisse müsse der Beginn des Aufstandes vorläufig vertagt werden, und zwar bis auf weiteres auf einige Tage. Daß die im deutschen Lager inzwischen bekannt gewordenen Tatsachen über die bis ins einzelne gehenden Vorbereitungen der Polen für einen neuen Aufstand auf vollster Wahrheit beruhen, können selbst die lässigsten Dementis der „Grenzzeitung“ nicht mehr hinwegleugnen. Polnischerseits wird mit dem größten Eifer und Nachdruck auf einen neuen Gewaltstreich hingearbeitet, man steht gegenwärtig nur Gewehr bei Fuß, um in einigen Tagen doch loszuschlagen.

Zeitungsverbot in Oberschlesien.

Die interalliierte Militärkommission in Oppeln hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in Oberschlesien für die Zeit vom 11. bis 25. Oktober verboten. Eine Begründung für diese Maßregel hat die Kommission nicht gegeben.

*

England und die letzte Reichskanzlerrede.

London, 11. Okt. Die vom Reichskanzler Dr. Wirth in seiner Offenburger Rede zum Ausdruck gebrachte Hoffnung auf eine nicht allzu ferne Konferenz zur Erörterung der drückenden Weltlage wird von den Abendblättern an hervorragender Stelle gebracht neben den Worten Briands, daß die Großmächtefreisten und Staatsmänner der gesamten Welt vielleicht bald die Notwendigkeit einer Solidarität untereinander empfinden, würden im Interesse eines jeden Landes liegen, damit die Aufmerksamkeit der Welt auf die Notwendigkeit einer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211011-19/fragment/page=0001

Regelung der Lage gerichtet werde, in die niemals Gleichgewicht gebracht werden könne, wenn nicht in der gesamten Welt Solidarität herrsche.

Noch eine englische Pressestimme über das Wiesbadener Abkommen.

London, 11. Okt. Der Berliner Berichterstatter der „Westminster Gazette" nennt das **Wiesbadener Abkommen** die **wichtigste Maßnahme seit dem Versailler Friedensvertrag.** Es bestehe alle Aussicht, daß die Reparationskommission das Abkommen schließlich annehme. Die Lage sei einfach die, daß Deutschland nicht in bar bezahlen könne. Frankreich habe daher mit Deutschland vereinbart, daß es in Waren zahlen solle. Deutschland bezahle in Waren nicht an die Alliierten allgemein, sondern nur an Frankreich. Die Solidarität der Alliierten, die die Erfüllung des Friedensvertrages fordern, sei aufgegeben. **Der Versailler Vertrag sei tatsächlich** Frankreich habe außerhalb des Obersten Rates, außerhalb der Reparationskommission. Diese Kommission müsse ihr eigenes Todesurteil genehmigen. Jeder weiß jetzt, daß die Bemühungen Deutschlands, das Geld aufzubringen, um die Alliierten in annehmbaren ausländischen Depisen zu bezahlen, die in deutscher Mark angekauft werden müßten, verhängnisvoll waren. Die Mark fiel und mit der Mark der Frank. Allgemein werde eingesehen, daß diese Zahlungen unmöglich fortdauern können. Die anderen Alliierten, insbesondere England, können deutsche Waren nicht nehmen. Englands besserer Teil sei, die hoffnungslose Schuldeintreibung aufzugeben zugunsten einer Politik der Wiederherstellung des Handels in Europa. Das Londoner Abkommen verschwinde nach und nach. Die gesamte europäische Politik werde jetzt in neue Kanäle geleitet. Das Wiesbadener Abkommen bedeute, daß das Londoner Abkommen preisgegeben werde und daß England nach sieben Jahren keine weiteren deutschen Zahlungen erwarten könne. Englands vermutlichen Gebiete seien die verlorenen ausländischen Märkte.

Politische Uebersicht.

Vorläufig keine Frankenwährung im Saargebiet.

Genf, 11. Okt. Die von den Vertretern der Wirtschaftskreise des Saargebietes persönlich den Abordnungen vom Völkerbund überreichte **Denkschrift über die Gefahr der Verdrängung der Markwährung ist nunmehr offiziell durch Vermittelung des Vorsitzenden der Regierungskommission beim Rate eingegangen, der also noch in der Lage ist, einen Referenten zur Berichterstattung für die nächste, voraussichtlich im Dezember stattfindende Session zu ernennen. Man hofft jetzt, daß in diesen Umständen anzunehmen, daß bis Ende dieses Jahres in der Durchführung der Frankenwährung ein Stillstand eintritt.**

*

Monarchistische Treibereien in Österreich.

Wien, 11. Okt. Die „Arbeiterzeitung" teilt mit, daß den seit einigen Tagen hier umlaufenden Gerüchten von einer bevorstehenden Gegenrevolution, die in der vergangenen Woche in der Wiener Bevölkerung zu einer Panik führten, **Treibereien der sog. Monarchistenpartei unter Beteiligung der Frontkämpfer zugrunde liegen. Die „Arbeiterzeitung" behauptet, daß ihr eine ganze Anzahl vertraulicher Sitzungsberichte und Denkschriften in die Hände gekommen sind. Aus diesen soll hervorgehen, daß die Monarchistenpartei an der Aufrichtung der alten Habsburgermonarchie und dem alten römisch-deutschen Kaiserreiche unter Anschluß Preußens arbeite. Sie habe auch in der Tschecho-Slowakei Verbindung mit einer böhmischen Königspartei.**

*

Dementierung der Ermordung Joffes.

Riga, 11. Okt. **Auf eine besondere Anfrage in Moskau dementiert die Sowjetregierung kategorisch die Meldung von der Ermordung Joffes. Nach ihrer Angabe befinde sich dieser im besonderen Auftrage in Turkestan, wo er die politische und wirtschaftliche Lage Mittelasiens untersuchen und der Sowjetregierung einen besonderen Bericht erstatten soll.**

*

Die Räumung Wilnas gefordert.

Paris, 11. Okt. **Aus Genf wird dem „Temps" gemeldet, der polnische Delegierte Asfsnäszaski sei aus Wiesbaden nach Genf zurückgekehrt. Er berichte, daß das Gebiet von Wilna von General Lewandowski und dessen Truppen geräumt werden müsse. Wilna würde sodann unter die Zivilverwaltung eines Komitees gestellt werden, das aus Bewohnern des Gebietes zusammengesetzt würde.**

*

Zusammentritt der Sinnfeinerkonferenz.

London, 11. Okt. Aus amtlichen Kreisen verlautet, daß, wenn die Sinnfeinerkonferenz heute zusammentritt, die britischen Vertreter das feierliche Versprechen fordern werden, daß der Waffenstillstand während der Verhandlungen gewissenhaft durchgeführt wird. Es wird angenommen, daß die heutigen Verhandlungen die Form einer offenen Aussprache zwischen den beiden Parteien annehmen werden mit dem Ziel, eine endgültige Grundlage zu finden, auf der die Verhandlungen in nützlicher Weise fortgesetzt werden können. Der irische Oberkommandierende General Mac Ready und die Polizeichef General Tudor sind eingeladen worden, nach London zu kommen. Auch der Vizekönig Fitz Allan wird erwartet.

*

Die Aufnahme der Rede Briands.

Paris, 11. Okt. Die Rede Briands wird von der Presse merkwürdig kühl aufgenommen. Namentlich der Abschnitt der Rede, in dem Briand über die Haltung der deutschen Regierung spricht, wird von den Blättern in ihren Kommentaren einfach mit Stillschweigen übergangen, obgleich er noch der wichtigste Teil der Rede anzusehen ist. Die kategorische Erklärung Briands, daß Deutschland loyal und pünktlich die Verpflichtungen des Ultimatums erfüllt habe, mochte natürlich wie eine kalte Dusche auf die meisten Blätter wirken, denen ja dadurch das beliebteste Hetzthema entzogen wird.

*

Japan beantwortet die Schantungnote nicht.

London, 11. Okt. Einer Erchangemeldung aus Newyork zufolge wird aus Tokio berichtet, daß in einem Kabinettsrat beschlossen wurde, daß Japan die Note Chinas bezüglich Schantungs nicht beantworten werde. Japan sei entschlossen, die Frage fallen zu lassen und den Status quo beizubehalten, bis China die Wiedererörterung der Frage beantragt.

Provinz und Nachbarländer.

Kommunistische Schulkinder demonstrieren in Halle.

h. **Halle**, 11. Okt. Die sozialistischen Elternbeiräte und die Freidenker-Vereinigung veranstalteten am Sonntag vormittag eine Demonstration der sozialistischen und kommunistischen Schulkinder für die weltliche Schule. Im Volkspark fand vormittags eine Versammlung statt, in welcher anstelle des nicht erschienenen kommunistischen Oberlehrers Neubauer aus Ruhla der Halleschke Kommunistenführer Schönland die Kinder aufforderte, mit ihren Eltern für die Verwirklichung der Ideen der weltlichen Schulen zu kämpfen. Weiter forderte er die Kinder auf, keine unerlaubten Lieder mehr in der Schule zu singen, sondern, falls solche vom Lehrer befohlen werden, anstelle dieser die Internationale oder den Notgardistenmarsch anzustimmen. An die Versammlung schloß sich der Demonstrationszumzug. Etwa 400 Kinder, darunter auch solche, die noch nicht zur Schule gehen, rote Fahnen mit sich führend, zogen durch die Straßen nach dem Marktplatz, von der Kommunistischen Schulunt nochmals für die Einführung der weltlichen Schule sprach. Nach dem Gesang des Notgardistenmarsches löste sich der Zug auf.

Kleine Rundschau.

Der Gewerbeverein **Zeitz** kann in diesen Tagen auf ein 50 jähriges Bestehen zurückblicken. — Bei **Lagnitz** mußte die große, weithin bekannte Eiche gefällt werden, da sie in den letzten Jahren vollständig abgestorben war. — Im Thüringischen Frauenalpl in Gräfenroda kam es in vergangener Woche zu einer Revolte der inhaftierten Frauen, die nur mit Hilfe der Polizei unterdrückt werden konnte. 10 Frauen entsprangen, von denen bisher vier wieder ergriffen werden konnten. — In **Schwoitsch** starb dieser Tage der bekannte Karussellbesitzer Hütel, nachdem er bei einem Raubüberfall schwer verwundet worden war. — Die diamantene Hochzeit konnte in **Oranienbaum** der Ehrenbürger der Stadt Kommissionsrat Gaudig begehen. — Auf dem Herbstmarkt in **Quedlinburg** ereignete sich ein schwerer Unfall. Ein schlecht verankertes Karussell stürzte um und verletzte eine Frau mit zwei Kindern schwer. — Im Schachthause der Stickstoffwerke in **Piesteritz** geriet bei Reparaturarbeiten ein Arbeiter der Starkstromleitung zu nahe und wurde auf der Stelle getötet. — Beim Oberlyceum in **Halberstadt** wurden wegen Arbeitsmangel fünf Lehrerinnen, von denen eine schon über 29 Jahre beschäftigt ist, ohne vorherige Kündigung entlassen. — Auf der Domäne **Jenschnippe** brach ein Schadenfeuer aus, dem eine gefüllte Scheune zum Opfer fiel. — Die **Krippendorfer** Mühle bei Jena soll von französischen Offizieren aufgekauft werden. Diese wollen sie abbrechen lassen und in Frankreich wieder aufbauen. Die Gründe dafür sind unbekannt. — Auf dem Wochenmarkte in **Mühlhausen** kam es zu Tumultszenen. Da die Verkäufer 70 ℳ für das Pfund Kartoffeln verlangten, wurden sie von streikenden Arbeitern gezwungen, diese für 50 ℳ zu verkaufen. Auch die anderen Preise wurden herabgesetzt. — Das albekannte Schachdorf **Ströbek** hat eine Notzeitung herausgegeben, die sich auf den historischen Überlieferungen des Ortes gründet. — In **Hannover** konnte ein geplanter Postraub größeren Stiles durch die Aufmerksamkeit der Polizei verhindert werden. — Bei einem Einbruche in ein Geschäft am Markt in **Halle** wurden für mehrere tausend Mark Seidenstoffe gestohlen. — Die Firma A. Huth & Co. in **Halle** kann auf ein 50 jähriges Bestehen zurückblicken. — In die Stadtbibliothek in **Braunschweig** wurde ein schwerer Einbruchsdiebstahl vollführt, wobei mehrere wertvolle Gemälde verschwanden. — Der Seniorchef des **Dresdener** Bankhauses S. Mattersdorff ist bei einer Börsensitzung plötzlich verschieden.

Merseburg und Umgegend.

11. Oktober.

** **Deutsche Schulbücher für Westpreußen.** Unter Bezugnahme auf den entsprechenden Artikel in Nummer 212 unserer Zeitung und zur Beantwortung mancherlei Anfragen teilen wir nochmals mit, daß alle Schulbüchersendungen für Westpreußen zur Weiterbeförderung an Frau Gertrud **Redlich** in **Eilenburg**, Wilhelmstraße 12, zu leiten sind. Man wolle sich diese Adresse ausschneiden und aufbewahren.

** **Wichtig für ehemalige Kriegsgefangene.** Nach den neuesten Richtlinien sind alle Anträge auf Löhnungsbeihilfe, die bei den Kriegsgefangenenstellen bezw. Abwicklungsämtern gestellt und bis zum 15. August 1921 von diesen noch nicht erledigt waren, für den Stadt- und Landkreis Merseburg bei dem Kreisbilfsausschuß in Merseburg, Kleine Ritterstr. 15 pt. bis zum 15. Oktober 1921 zu stellen.

** **Neue Freimarken mit Bildern der Schmiede, Bergarbeiter und Landarbeiter.** Die Reichsdruckerei beginnt in diesen Tagen mit der Ausgabe der ersten Marken mit den Bildern der Schmiede, Bergarbeiter und Landarbeiter. Die Reihe dieser 6 Marken umfaßt 3 Bilder. Die beiden ersten mit den Werten 60 ₰ (dunkelviolett) und 80 ₰ (rot) stellen Schmiede in verschiedenen Ausführungen beim Arbeiten am Amboß dar; die beiden nächsten mit den Werten 1,00 ℳ (grün) und 1,20 ℳ (ultramarin) zeigen Bergarbeiter mit Spitzhacke, Meißel und Karren in voller Tätigkeit; die beiden letzten Werte: 1,50 ℳ (orange) und 1,60 ℳ (blaugrün) Landarbeiter beim Mähen und Garbenbinden. Zunächst kommt die 60 ₰ Marke in Bogenform (einfaches Porto für Inlandsbriefe) zur Ausgabe; ihr folgt im Laufe des Oktober der 1,20 ℳ Wert für den einfachen Auslandsbrief. Der Ausgabezeitpunkt der übrigen Marken, (60 ₰ in Rollen usw.) wird später bekannt gegeben.

** **Uhrdiebstahl.** Einem hiesigen Metzgermeister wurde in den letzten Tagen in seinem Laden seine an einem Türpfosten hängende Taschenuhr gestohlen. Zahrelang hatte er gewohnheitsmäßig die Uhr dort hingehängt, ohne daß sich jemand daran vergriffen hatte.

** **Die hiesige Ortsgruppe des deutschen Rentnerbundes** hält am Donnerstag den 13. ds. Mts., nachm. 3 Uhr im „Zivoli" eine Mitgliederversammlung ab, in der über die Beschaffung von Lebensmitteln und Bekleidungsgegenständen, Gewährung von Darlehen und Unterstützungen an Mitglieder usw. verhandelt werden soll. Diese Versammlung ist für alle Mitglieder von größter Wichtigkeit. Nachtmitglieder, die beim Verein beitreten oder denselben fördern wollen, sind gern gesehene Gäste.

** **Religiöser Vortrag.** „Gottes Geheimnis enthüllt", das war das Thema, über das Referent **Kapitz**-Halle gestern abend im sehr schwach besuchten Vortrag sprach. Seine Enthüllungen entnahm er zum größten Teile dem Propheten Daniel und der Offenbarung Johannes. Hier erfahren wir über den Zustand in der Endzeit, in der wir leben, eine Menge Einzelheiten. Daniel hatte ein Gesicht im Traume, wo er erfuhr, daß die Erde 2300 Morgen und Abende stehen sollte, darunter sind 2300 Jahre zu verstehen. Wir erfahren auch, wann der Anfangspunkt dieser 2300 jährigen Periode ist, es ist das Jahr 457 n. Chr. Von dieser großen Periode sind nun 70 Wochen losgelöst, die wieder bestehen aus 7, 62 und 1 Woche, in der Schrift erfahren wir, daß das insgesamt 490 Jahre sind, wodurch wir in das Jahr 34 nach Chr. kommen, also 3½ Jahre nach der Kreuzigung. Es bleibt von der ganzen Periode noch ein Zeitabschnitt von 1810 Jahren, und seit wann wir seit 1844 in der Endzeit, wir sind das letzte lebende Geschlecht. Die jetzige Zeit ist eine Gnadenzeit, in der sich aber das angekündigte Gericht täglich erfüllen kann. Die Zeit soll aber benutzt werden, das Geheimnis Gottes zu offenbaren. Diese Zahlen, die wir in der Schrift finden, haben große Bedeutung, denn durch sie erfahren wir erst den göttlichen Plan. — Am nächsten Donnerstag will der Referent darauf eingehen, was seit 1844 im Himmel und auf der Erde vorgeht.

** **Ein lachender Abend im „Casino".** Am Freitag den 14. Oktober abends 8 Uhr veranstalten die berühmten „Vereinigten Leipziger Sänger" im „Casino" einen „Lachenden Abend". Es sind nur die besten Komiriten und Komiker, die es sich zum Prinzip gemacht haben, die Besucher zu erheitern, daß sich jeder ordentlich mal auslachen kann.

*

137. Bildungsabend.

Oberlehrer **Hemprich** eröffnete im „Herzog Christian" den 137. Bildungsabend damit, daß er eine große Reihe geschäftlicher Mitteilungen gab. Aus diesen ist zu entnehmen, daß für die bevorstehenden Wochen und Monate ein reichhaltiges Programm vorgesehen wird. Es hat sich eine neue Arbeitsgemeinschaft gebildet: Kreisarzt Dr. **Kühnlein** wird in derselben Donnerstags „Den Menschen als Zellenstaat" behandeln. Für Anfang November hat die berühmte Märchenerzählerin Lila **Tenner** ihr Erscheinen und ihre Mitwirkung zugesagt. Am 14. November wird „Gevatter Tod" von Eberhard König auf der Bühne gegeben werden. Auch die Arbeitsgemeinschaft für Kunstgeschichte wird nach einhalbjähriger Ruhepause am Freitag wiederum beginnen. Der Anbrang von solchen, die an den Bildungsabenden mitwirken wollen, in vorsichtiere Oberlehrer Hemprich, ist so groß, daß er vielen absteifen muß.

Den Hauptteil des Bildungsabends bildete der Lichtbildervortrag des Mittelschullehrers **Thielsen** über

Kunst und Leben in Frankreich im 18. Jahrhundert.

Da die Fülle des Stoffes überaus reichhaltig ist, so sollte gestern abend zunächst über die Kunst gesprochen werden. Der zweite Teil des Vortrags, das Leben in Frankreich, bleibt einem spätern Abend vorbehalten. Die Denkmäler der Kunst, welche dieser Zeit entstammen, sind über ganz Europa verbreitet und sind zurzeit noch wenig gesichtet. An der Schwelle des genannten Zeitraums steht der große Sonnenkönig Ludwig XIV. Wenn es auch verständlich ist, daß sein Bild durch die Gesellschaft verzerrt überliefert wird, so ist es doch ein Unrecht, denn Ludwig ist eine Sonne gewesen. Spricht sich doch selbst Liselotte von der Pfalz, die Herzogin von Orleans, lobend über ihn aus. Großes hat er für sein Land geschaffen. Aber er war doch eben eine untergehende Sonne. Am Ende seines Lebens machte sich eine schlimme Frömmelei breit. Nach einer wilden Nacht folgte in der französischen Revolution ein furchtbares Erwachen. Der gewaltige und stolzeste Bau des großen Königs war das Schloß in Versailles. Nach ganz eigenartigem Plane, mit Terrassen und weitverzweigten Parkanlagen, ist es erbaut und hat vielen andern ähnlichen Bauten als Vorbild gedient. Wände und Decken im Schlosse sind scharf gescheidet, die Wände mit Marmorplatten ausgelegt und mit Spiegeln versehen. An den Decken herrschen scharfe Ecken und Winkel vor. Wie hier das Anheimelnde des Wohnraumes fehlt, so sind auch die jungengebenen Menschen herablassend und freundlich. Es folgt in der Regierung Ludwig XV. Unter ihm sind alle Bande gelöst. Wie der Staat ins Schwanken gerät, so nimmt auch der Stil andere Formen an. Zwischen Wand und Decke der Kunstbauwerke herrscht keine Trennung mehr. Die Deckengemälde reichen tief herunter, die Wandspiegel bis in die Decke hinein. Es ist die Zeit des Rokoko, des Rahmenstils. Wie man in der Kunst nach außen hin repräsentativ bleibt, so sind auch die Menschen dieser Zeit. Der wunderbare Schreibtisch Ludwigs XV., an dem hervorragende Meister lange Zeit gearbeitet haben, zeigt in seiner verschwenderischen Pracht so recht die Größe, aber auch die Launen des Rokoko. Dieses Wesen

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 10. Oktober.

Zu der nach längerer Pause auf den heutigen Abend einberufenen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung hatten sich 31 Stadtväter eingefunden. Am Magistratstisch hatten Platz genommen: Erster Bürgermeister Hertzog, Bürgermeister Dr. Moleschach, Stadtbaurat Zollinger und die Stadträte Bauer, Beffert, Kleim, Kohl und Seyfert. Der Zuhörerraum war nur von 8 Personen besucht.

An erster Stelle erfolgte die

Einführung des Stadtverordneten Kahl (Dem.),

der an Stelle des durch Krankheit ausgeschiedenen Stadtv. Vollrath in das Stadtparlament eintritt. Erster Bürgermeister Hertzog nahm die Verpflichtung des neuen Stadtverordneten vor und wünschte ihm ein ersprießliches Arbeiten für die Allgemeinheit. In gleichem Sinne begrüßte der Stadtverordnetenvorsteher Junker den neuen Stadtvater.

Stadtv.-Vorst. Junker machte dann einige Mitteilungen. Eingangs gedachte er der Opfer der Katastrophe von Oppau in warmherzigen Worten und brachte die Teilnahme der Versammlung zum Ausdruck, die das Andenken der auf dem Felde der Arbeit Gebliebenen durch Erheben von den Plätzen ehrte. Dann teilte er mit, daß nun auch der

Stadtverordneter Borsdorff (Dn.) sein Amt krankheitshalber niedergelegt

hat, da er einen leichten Schlaganfall erlitten habe. Er gedachte der Mitarbeit des Ausscheidenden und wünschte ihm recht baldige Genesung. Der Nachfolger sei der Lehrer Wilck, der bereitschaft in sein Amt eingeführt werde. — Der Vorsteher bei den Verhandlungen des 5. deutschen Städtetages ist eingegangen und liegt zur Einsicht der Stadtverordneten auf. — Vom Magistrat liegt eine Mitteilung vor, daß er dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung auf Gleichstellung des Mietsatzes für sämtliche städtischen Baracken mit 6,50 M nicht beitrete, sondern für den Beschluß vom 24. 4. 1921 stimme, nachdem seine Vorlage von der Stadtv.-Versammlung abgeändert wurde. Weitere Ausführungen will der Stadtv.-Vorsteher nicht an diesen Beschluß des Magistrats knüpfen. Hierauf wird in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Für den fehlenden Berichterstatter Stadtv. Hellmann trägt der Stadtv.-Vorst. Junker (Dem.) die durch Veröffentlichung schon bekannte Magistratsvorlage

betr. Haftpflichtversicherung von 37 städtischen Mietshäusern

vor und empfiehlt deren Annahme. Das Angebot der Frankfurter Allgemeinen Versicherungsgesellschaft sei das günstigste von verschiedenen Angeboten gewesen. Es ist dafür ein Prämienaufwand von jährlich 610,50 M erforderlich. — Die Versammlung stimmt ohne Besprechung dem Abschluß der Versicherung zu.

123 000 M Nachbewilligung beim Haushalt 1919 des städtischen Krankenhauses.

Nach der kurzen Begründung der Vorlage durch den Stadtv. Stiebritz (Dn.) ist die Überschreitung auf Mehraufgaben für Löhne, Preissteigerungen usw. zurückzuführen. Für die Überschreitung ist bereits Deckung aus den Überschüssen des Krankenhauses erfolgt. — Ohne Besprechung ist die Versammlung für die Nachbewilligung der 123 000 M.

Erhöhung der Entschädigung an die Hausmeister der städt. Schulen.

Stadtv. Bone (Soz.) empfiehlt die Annahme der schon veröffentlichten Magistratsvorlage, die von der Versammlung ohne weiteres erfolgt. Dadurch wird die Entschädigung der Hausmeister der städtischen Schulen von 175 auf 200 M für jeden Klassenraum und zwar rückwirkend vom 15. August 1921 ab erhöht. Es erfordert dies eine Mehrausgabe von 3050 M für 1921, die aus der außerordentlichen Rechnung gedeckt werden.

Erhöhte Entschädigung des Hausmeisters der Turnhalle in der Brauhausstraße.

Die bekannte Vorlage wird ebenfalls von dem Stadtv. Bohe (Soz.) begründet und der Zustimmung empfohlen. Diese wird von der Versammlung ohne weiteres gegeben. Die Erhöhung der Entschädigung erfolgt von 700 auf 1200 M vom 1. Oktober 1921 ab und erfordert für 1921 eine städtische Mehraufwendung von 250 M aus der außerordentlichen Rechnung.

Bereitstellung von Gebmitteln für die Kleinrentner.

Stadtv. Erlecke (D. Vpt.) begründet die veröffentlichte Vorlage. Die Ortsgruppe Merseburg des Deutschen Rentnerbundes hat eine Eingabe an die Stadt gerichtet, den notleidenden Kleinrentnern zu helfen. Die Bereitstellung von 100 000 M würde genügen. Kleinrentnern der Ortsgruppe hätten ⅔ ein Jahreseinkommen von unter 4000 M, ein solches unter 500 M. Er empfiehlt dringend die Annahme des Magistratsantrages und regt eine Erhöhung der Summe für Beihilfen an. — Hieran schließt sich eine sehr ausgedehnte Aussprache. Stadtv. Grimm (Dem.) beantragt die Erhöhung der Beihilfensumme von 5000 M auf 20 000 M. Für diese Erhöhung treten ebenfalls die Stadtv. Bothe (Dn.), Koenen und Richter (Kom.) und Daniel (USP.) mit dem Wunsche, die Beihilfen an alle Notleidenden zu geben. Erster Bürgermeister Hertzog und Stadtrat Beffert treten für die Magistratsvorlage ein, dabei einer Erhöhung der Beihilfensumme bis zu 10 000 M geneigt, und betonend, daß es sich ja um einen Versuch handelt, der erst ergeben müsse, wie groß das Bedürfnis sei. — Stadtv. Krüger (Soz.) ist für die Magistratsvorlage und regt für finanzielle Hilfe an andere Bedürftige eine besondere Vorlage an. Stadtv.-Vorst. Junker tritt ebenfalls für die Magistratsvorlage ein. Darauf zieht der Berichterstatter seine Anregung auf Erhöhung der Beihilfensumme zurück, auch die Stadtv. Grimm (Dem.) und Bothe (Dn.) ziehen sich auf eine Erhöhung bis zu 10 000 M zurück. Die Aussprache führt zu unnötigen Spitzfindigkeiten und nach langer Zeit hat die Abstimmung das Ergebnis, daß ein Antrag Koenen (Kom.) auf Erhöhung der Beihilfensumme auf 20 000 M abgelehnt wird. Dann wird der Magistratsantrag angenommen mit dem Zusatz, daß die Summe für Beihilfen bis zu 10 000 M erhöht wird und auch die Arbeitsrentner berücksichtigt werden. Der Bereitstellung von 50 000 M für Darlehen oder fortlaufende Zuschüsse gegen Sicherheitsleistung und Verzinsung wird ebenfalls zugestimmt von allen Seiten.

Erschließung des früher Olschlägerschen Planes zur Bebauung durch Selbstbesiedler.

Stadtv. Elschner (Dem.) begründet die Vorlage wie veröffentlicht und bittet um Zustimmung. — Stadtv. Grimm (Dem.) kann nicht zustimmen, da den Kleingärtnern dadurch wieder Parzellen entzogen werden. — Stadtbaurat Zollinger: Die Gärten kommen im nächsten Jahre nur in andere Hand, und zwar in die Hand der Siedler, die sich selbst ein Haus bauen. Die Angelegenheit ist auch praktisch erledigt, da die Pächter schon von dem Gelände herunter sind. Auch die Angelegenheit der Abtreuerungszuschüsse ist schon gereselt. — Bereichsrat Elschner steht sich ebenfalls in der unangenehmen Lage, seinem Fraktionsgefährten zu widersprechen, da die Wohnungsfrage heute die brennendste in Deutschland sei und die Gärten nur in andere Hand kommen. Stadtv. Bone (Soz.) stimmt dem zu. Nach kurzen Ausführungen des Ersten Bürgermeisters werden nur 40 Quadratmeter für Bauzwecke verwandt, worauf Stadtv. Grimm (Dem.) meint, Steine kann man nicht essen. Mit den übrigen Stadträtern stimmt er aber dann doch für die Vorlage.

3000 M für die Verunglückten von Oppau.

Stadtv. Daniel (USP.) begründet die Vorlage wie veröffentlicht und schildert nach eigenen Feststellungen die schrecklichen Wirkungen der Explosion, er ist der Ansicht, daß die Badische Anilin- und Sodafabrik zur Schadenersatzleistung an die Betroffenen verpflichtet sei. Die Not sei sehr groß und Hilfe dringend nötig, deshalb bittet er um Zustimmung für Bewilligung dieser nicht gerade hohen Summe. — Die Stadtv. Hestebeck (Kom.) und Wolf (USP.) sind der Ansicht, daß die Badische Anilin- und Sodafabrik zur Tragung des Schadens verpflichtet ist, und Wolf stellt den Antrag, 10 000 M zu bewilligen, worauf Erster Bürgermeister Hertzog an die Grundsätze der Sparsamkeit erinnert. Die Abstimmung ergibt Ablehnung des Antrages Wolf und einstimmige Annahme der Magistratsvorlage.

Verpachtung eines Teiles von früher Schmidt'schen Plane an die Gasanstalt.

Stadtv. Richter (Kom.) begründet den Antrag wie veröffentlicht und empfiehlt der Versammlung die Zustimmung zu der Verpachtung von etwa 1200 Quadratmetern je 2 M an die Firma Heilmann und Littmann-Berlin. Ohne weiteres ist die Versammlung mit der Verpachtung einverstanden.

1200 M für Beschaffung eines Schrankes für die Neumarktschule.

Die schon veröffentlichte Vorlage wird von dem Stadtv. Teller (Dem.) begründet und seine Annahme beantragt. — Erster Bürgermeister Hertzog bittet um Ermächtigung, nötigenfalls die Kosten aus der Außerordentlichen Rechnung bestreiten zu dürfen. — Mit diesem Zusatz wird die Vorlage von der Versammlung angenommen.

2000 M für Veränderungen in der Turnhalle Brauhausstraße.

Stadtv. Wolf (USP.) begründet die Vorlage wie veröffentlicht und beantragt die Bewilligung der in der Vorlage angeführten

1700 M für Erstellung des Gaslichtes durch Elektrische Beleuchtung, für die Beschaffung eines neuen Übriteters und die Instandsetzung des Daches. Vom Ersten Bürgermeister Hertzog wird die erweiterte Bewilligung von 2000 M beantragt, falls Überschreitung infolge Preissteigerung vorkommen sollten. — Mit dieser Erweiterung findet die Vorlage die Zustimmung der Versammlung.

1250 M für Einrichtung elektrischer Beleuchtung in der Aula der Mittelschule.

Die Vorlage wird ebenfalls von dem Stadtv. Wolf (USP.) wie veröffentlicht begründet und ihre Annahme beantragt. — Erster Bürgermeister Hertzog beantragt die Ermächtigung, die Kosten nötigenfalls aus der Außerordentlichen Rechnung decken zu können. — Stadtv. Richter (Kom.) betont: Wenn der Kommunistischen Partei die Räume nicht zu Bildungszwecken zur Verfügung gestellt werden, dann soll das auch nicht für andere Korporationen geschehen. — Stadtrat Beffert bedundert: Alles, was politischen Charakter hat, soll in diesen städtischen Räumen vermieden werden, und zwar gilt dies für alles Parteien. Die Anlage in der Mittelschule ist unbedingt notwendig. — Hierauf findet die Vorlage mit der vom Magistrat erbetenen Ermächtigung die Zustimmung der Versammlung.

Anerkennungsgebühren für Maskenaufstellung usw. auf dem Grundstück des Ziegeleibesitzers Rusch.

Stadtv. Ruprecht (Dn.) begründet die Vorlage wie veröffentlicht und bittet die Versammlung um Zustimmung, die von dieser ohne weiteres gegeben wird.

Damit war die offizielle Tagesordnung der Sitzung erledigt. Es wurde dann noch weiter in öffentlicher Sitzung verhandelt über die

Abnahme einer 10 000 M-Stiftung des Stadtrats Karl Tänzer.

Stadtv.-Vorst. Junker teilt mit, daß Stadtrat Karl Tänzer, obwohl er nicht immer die rechte Anerkennung für seine Wohltätigkeit gefunden habe, heute am Tage seiner Silbernen Hochzeit der Stadt Merseburg eine Schenkung von 10 000 M überreiche mit der Bestimmung, daß die Hälfte der Zinsen dieser Summe zu Weihnachtsbescherung für Kinder im städtischen Krankenhause, die andere Hälfte für die Säuglingspflege und Säuglingsfürsorge in der Stadt Merseburg verwendet werden soll. Im Falle des Eingehens des städtischen Krankenhauses sollen die ganzen Zinsen für die Säuglingspflege und Säuglingsfürsorge verwendet werden. Die Schenkung soll den Namen „Karl und Margarethe Tänzer-Stiftung" erhalten. Stadtv.-Vorst. Junker spricht dem hochherzigen Stifter den herzlichsten Dank der Versammlung aus. Erster Bürgermeister Hertzog teilt dann mit, daß Stadtrat Tänzer sich auch noch bereit erklärt habe, die Stempelgebühren im Betrage von 500 M für die Schenkung zu tragen, was ebenfalls mit Dank angenommen wurde. Der Magistrat beantragt, die Schenkung unter dem vorgenannten Namen anzunehmen. Die Versammlung stimmt dem Antrag zu und nimmt die Schenkung mit Dank an.

Dann macht Stadtv.-Vorst. Junker Mitteilung von einem

Streit zwischen der Gastwirte-Vereinigung mit der Engelhardt-Brauerei Merseburg wegen deren Ausschank auf die städtische Warthealle am Damm.

Die Stadtverordnetenversammlung selbst gehe der Streit nichts an, aber er wolle die Tatsache streifen. Die Gastwirte-Vereinigung will danach die Engelhardt-Brauerei veranlassen, ihr Angebot auf die städtische Warthealle am Damm zurück zu ziehen. Der Engelhardt-brauerei wird der Vorwurf gemacht, daß sie durch ihr Angebot den Anstoß zur Errichtung der städtischen Wartehalle gegeben habe. Wenn das so ist, können diese Vorwürfe nur auf Mitteilungen eines Stadtverordneten fußen, die unrichtig wiedergegeben sind. Die Engelhardtbrauerei hat nicht den Anstoß zur Errichtung der Wartehalle am Gemeinschaftsbahnhof am Damm gegeben und ist auch nicht der einzige Angebotsbieter gewesen. Wenn sie ihr Angebot zurückziehe, würde eine andere Brauerei mit einem höheren Angebot hervortreten. Wenn Stadtverordnete solche Äußerungen machen, dann bitte, er wenigstens um richtige Darstellung des Sachverhalts.

Es liegt dann vor eine

Anfrage Richter u. G. (Kom.) wegen mangelhafter Beleuchtung.

Zur Begründung erwähnt der Anfragesteller die stellenweise erhebliche Dunkelheit in einzelnen Straßen, wo man gegen die Gaslaternenpfähle anrenne. Auch am Kleinen Damm herrsche eine ägyptische Finsternis. Die Laternenpfähle würden am besten beseitigt und der Dunkelheit müsse abgeholfen werden. Der Stadtv. Daniel (USP.) unterstützt den Antrag und erwähnt die große Dunkelheit in der Meuschauer Straße. Stadtv. Pohl (Kom.) sagt, daß es auch am Sittiberg an Beleuchtung fehle. Erster Bürgermeister Hertzog: Unsere Stadt ist sonst eine der best beleuchteten Städte. Die geäußerten Wünsche werden aber der Deputation vorgelegt werden. Die Laternenpfähle der Gasleitung sind für den Notfall stehen geblieben.

Weiter stellt Stadtv. Richter u. G. (Kom.) eine

Anfrage wegen des Zustandes der Baracken.

Die notwendigen Ausbesserungen liefen schon ein Jahr auf sich warten, trotzdem der Kostenanschlag fertig sei. Stadtv. Pohl (Kom.) weist darauf hin, daß die Ausbesserungen jetzt viel teurer zu stehen kommen, als wenn man sie im vorigen Jahre ausgeführt hätte. Da der zuständige Dezernent Stadtrat Bötcher nicht anwesend ist, kann der Erste Bürgermeister Hertzog keine Auskunft geben. Er teilt aber mit, daß die Sache in der morgigen Magistratssitzung zur Sprache kommen werde.

Stadtv. Daniel (USP.) erwähnt dann noch

Beschwerden über unzureichende Ernährung im städtischen Krankenhause.

Er gibt zu, daß sich die Verpflegung nach den Einnahmen des Krankenhauses richte, aber die Beschwerden betreffen sowohl Qualität wie Quantität der Verpflegung. Die Behörnisse der Kranken müssen aber befriedigt werden. — Stadtv.-Vorst. Junker betont, bei früherer Kontrolle habe er das Essen stets genügend befunden. — Erster Bürgermeister Hertzog gibt zu, daß vor einiger Zeit eine schriftliche Beschwerde eingekommen sei. Es ist schwer, die Anhrüche der Kranken, besonders der lange liegenden, zu befriedigen. — Stadtv. Daniel (USP.): Es wird besonders über die Zubereitung der Speisen geklagt. — Stadtv. Fiedler (Kom.): Die Beschwerden vor einiger Zeit sind berechtigt gewesen. In der letzten Zeit aber haben eine ganze Anzahl von Kranken bestätigt, daß das Essen besser geworden ist.

Damit schließt die Aussprache, der Stadtv.-Vorst. Junker erklärt die öffentliche Sitzung für geschlossen und man tritt kurz nach ½9 Uhr in eine Geheimberatung ein.

Wetterwarte.

V. W. am 11. Oktober (Mittwoch): Vielfach stark neblig, teilweise heiter, vorwiegend trocken, milde Herbstluft. — Am 12. Oktober (Donnerstag): Teils heiter, teils neblig, vorwiegend trocken, mild.

p. Tragarth, 11. Okt. Am Sonnabend vormittag hatte der Automobilomnibus das Unglück, auf der sogenannten eisernen Brücke, welche aber nur ein eisernes Geländer besitzt und an beiden Seiten noch Holzbelag hat, durchzubrechen, so daß sich der Wagen auf die Seite neigte und an das Geländer anlehnte. Fahrgäste kamen nicht zu Schaden, doch mußten sie aussteigen und ihren Weg zu Fuß fortsetzen. Erst als ein Reservewagen mit Bolzen und Pfosten ankam, konnte das Gefährt wieder flott gemacht werden. Da an dieser Stelle gerade die Straße geschottert wird und die Straßenwalze auf der Brücke hielt, der Wagenführer aber der Warnung des Straßenmeisters, nicht vorbei zu fahren und einen Augenblick zu warten, bis die Walze herunter sei, nicht Folge leistete, so trifft ihm allein die Schuld.

p. Zweimen, 11. Okt. Einbrecher hatten sich Sonnabend abend in der Dämmerstunde in das Haus des Gutsbesitzers Vortius hier eingeschlichen. Sie wurden aber, da mehreremale ein Lichtschein gesehen wurde, verscheucht.

§ Schafstädt, 11. Okt. Die hiesige Zuckerfabrik hat am Donnerstag nach Fertigstellung der Umbauten und verschiedener Neuanlagen mit der diesjährigen Rübenverarbeitung begonnen.

r. Lochau, 10. Okt. Die Feldbiebstähle haben in diesem Jahre gegen die vorangegangenen erheblich nachgelassen, obwohl den Rüben- und Kartoffelfeldern immer noch nächtliche Besuche abgestattet werden. Jetzt scheinen die Kohlfelder einen Anziehungspunkt auszuüben; denn während bei letzten Nächte haben Langsinger durch Ausstechen von Kohlköpfen auf einigen Grundstücken nicht unerheblichen Schaden angerichtet; doch ist man den stillen Leihbabern auf der Spur.

Rüdesin und Umgegend.

t. Neumark, 11. Okt. Gestern morgen gegen ½2 Uhr kam es anläßlich eines Tanzvergnügens zu einer schweren Schlägerei. Der Radfahrer-Verein Neumark und Umgegend hatte im hiesigen Gasthofe geschlossenes Vergnügen, zu welchem nur durch Einladungskarten der Zutritt gestattet war. Mehreren jungen Burschen wurde der Einlaß verweigert. Zu diesem Zwecke wandte sich der Vorstand des Vereins an den Gendarmeriewachtmeister Ehmann, welcher auch erschien. Als der Wachtmeister heute morgen gegen ½2 Uhr nach Hause gehen wollte, wurde er plötzlich am Ehdorfischen Garten am Bahnhof von einem Burschen angefallen, welcher sofort mit einem Messer auf den Wachtmeister losstach. Der erste Stoß traf die Hand des Wachtmeisters, der zweite das Bein. In dem nun folgenden Handgemenge lugelte sich der Wachtmeister noch das linke Bein aus. Zum Glück kamen noch mehrere Leute dazu, welche dem bedrängten Wachtmeister zu Hilfe eilten. Der Messerheld bekam jetzt noch eine tüchtige Tracht Prügel für seine Heldentat verabreicht und wurde festgenommen.

f. Ebersroda, 11. Okt. Vom schönen Wetter begünstigt wurde am Sonntag das neue Kriegerdenkmal eingeweiht. Hunderte von Auswärtigen nahmen an der Feier teil. Lehrer Berthel enthüllte mit wenigen markigen Worten das Denkmal. Dritrichter Werner sprach dem Erbauer Dank aus und ermahnte die Jugend, das Denkmal zu schützen. Pastor Pollmar hielt die Weiherede. Nach Kranzniederlegung, Parademarsch und noch einigen Liedern des Gesangvereins fand die Feier ihren Abschluß.

Gerichtsverhandlungen.

Ein Sieg des Magistrats Merseburg im Streit um die Nachtragsumlage 1919.

(Eigener Bericht. Nachdruck verboten.)

Wegen Gemeindeeinkommensteuer für das Steuerjahr 1919 war zwischen dem Privatmann Arthur Schwickert in Merseburg und dem Magistrat der Stadtgemeinde Merseburg ein Prozeß entstanden, mit welchem sich das Oberverwaltungsgericht zu befassen hatte. Nachdem Sch. für 1919 zur Gemeindeeinkommensteuer herangezogen worden war und diese auch bezahlt hatte, wurde er zur Zahlung weiterer 121,80 M auf Grund von Beschlüssen der städtischen Körperschaften veranlagt, welche eine Nachtsteuer in Höhe von 135 Prozent der Staatseinkommensteuer und die Erhebung zwei weiterer Steuerquartale vorsahen. Nach fruchtlosem Einspruch hatte Sch. Klage mit dem Antrage erhoben, ihn von der nachträglich geforderten Steuer freizustellen, da die nachträgliche Veranziehung als unzulässig anzusehen sei; ein Fall des § 84 des Kommunalabgabengesetzes liege nicht vor, da er bei der Veranlagung weder übergangen sei, noch Einkommen verschwiegen habe. Der Magistrat wies hingegen darauf hin, daß die Nachsteuer ordnungsmäßig beschlossen worden sei und die Genehmigung des Bezirksausschusses gefunden habe. Der Bezirksausschuß wies alsdann die von Sch. erhobene Klage als unbegründet ab und betonte, die Veranlagung sei in Ausführung der beschlossenen Nachtragsumlage erfolgt, die zur Deckung weiterer im Haushaltsplan noch nicht vorgesehener Ausgaben notwendig sei; um eine unzulässige Nachveranlagung, wie Sch. behaupte, handle es sich nicht. Es komme die Deckung von städtischen Bedürfnissen in Frage, welche bei der ersten Heranziehung noch nicht in Ansatz gebracht gewesen seien. Die Nachtragsumlage verstoße nicht gegen die Vorschrift des § 84 des Kommunalabgabengesetzes. Gegen dieses Urteil legte Sch. Revision beim Oberverwaltungsgericht ein und bertrat den Standpunkt, daß der Magistrat nicht befugt gewesen sei, nach Ablauf des Steuerjahres 1919 noch Steuern zu erheben. Das Oberverwaltungsgericht wies aber die Revision von Sch. als unbegründet zurück und bestätigte die Entscheidung des Bezirksausschusses zu Merseburg als zutreffend.

Handel — Verkehr — Industrie.

= **Der Marktkurs** notierte am Montag in Zürich 4,52½ Centimes, es ist gegen den vorangegangenen Tag um 0,05 Centimes gefallen. In Amsterdam wurden für die Mark 2,49 Cents bezahlt, was gegen den Vortag eine Verschlechterung um 0,02 Cents bedeutet.

= **Leipzig**, 10. Okt. Schlachtviehmarkt. Auftrieb 556, Ochsen 183, Bullen 143, Kalben 51, Kühe 179, Kälber 135, Schafe 1035, Schweine 1163, zusammen 2885. Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht: Ochsen: 1. Kl. 700—800 M; 2. Kl. 600—700 M; 3. Kl. 450—600; 5. Kl. 350—450 M; Bullen: 1. 650—725 M; 2. 550—650 M; 3. 450—550 M; 4. 350—450 M; Kalben: 700 bis 800 M; Kühe: 1. 675—750 M; 2. 550—675 M; 3. 400—550 M; 4. 300—400 M; Kälber: 1. 850—950 M; 2. 700—850 M; 3. 500 bis 700 M; Schafe: 1. 600—650 M; 2. 450—600 M; 3. 250—450 M; Schweine: 1. 1400—1450 M; 2. 1425—1475 M; 3. 1200—1450 M; 4. 1050—1200 M; 5. 1050—1200 M. Geschäftsgang: Rinder langsam, Kälber mittelmäßig, Schafe langsam, Schweine mittelmäßig. Abertrieb: 84 Rinder, davon 38 Ochsen, 14 Bullen, 28 Kühe, 4 Kalben, 181 Schafe und 10 Schweine.

= **Berliner Produktenbörse vom 10. Oktober.** Am Produktenmarkte machte sich keine einheitliche Tendenz geltend. Die Händler beobachteten wegen des Schwankens der Devisenkurse Zurückhaltung. Weizen wurde bei nur unbedeutend veränderten Preisen wenig umgesetzt. Roggen war nach wie vor nach Mitteldeutschland, dem Süden und Westen unseres Landes hauptsächlich zu Umlagezwecken begehrt. Gerste und Hafer waren wenig angeboten. Besonders machte sich das Fehlen schlesischer Offerten bemerkbar. Sommergerste wurde von Brauern und Mälzern gesucht, war aber nur zu sehr hohen Preisen zu haben, die sich der Paritätsgrenze mit dänischer Ware nähern. Mais war wegen höherer amerikanischer Notierungen fest bei sehr geringen Umsätzen. Für die übrigen Artikel des Marktes hat sich nichts geändert.

= **Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse vom 10. Oktober.** Weizen (für 100 Kilo.) märkischer 232—234, ruhig; Roggen, märkischer 184—186, behauptet; Gerste (Wintergerste) 218—223, (Sommergerste) 255—270, fest; Hafer, märkischer 192—195, behauptet; Mais, Lo Plata 175—177, ohne Provenienzangabe 172—173, fest; Weizenmehl 620—675, ruhig; Roggenmehl 470—520, fest; Weizenkleie 125 bis 130, ruhig; Roggenkleie 125—135, ruhig; Raps 400—425, ruhig; Leinsaat 350—365, ruhig; Viktoriaerbsen 815—880, Kleine Speiseerbsen 220 bis 240, Futtererbsen 180—200, Peluschken 135—190, Blaue Lupinen 110—115, Gelbe Lupinen 110—125, Rapskuchen 140—150, Leinkuchen 220—240, Trockenschnitzel, prompt 126, Okt.-Jan. 125.

= **Stroh- und Heupreise.** In Berlin wurden gestern nichtamtlich notiert: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 23—25 M, Haferstroh, drahtgepreßt 25—28 M, strohseilgebundeltes Stroh 18—20 M, Langstroh 21—23 M, Wiesenheu, gut, gesund und trocken, Vormahd 69 bis 77 M, Nachmahd 65—68 M, Wiesenheu, gesund und trocken 58—60 M, Kleeheu 86—100 M. Alles für 50 Kilo.

Vermischte Nachrichten.

Das Urteil im Mordprozeß Hemberger.

Berlin, 11. Okt. Zu dem Mordprozeß Hemberger bejahten die Geschworenen bei Frage nur die Schuldfrage nach Todschlag, bei Frau Hemberger nur die Schuldfrage nach Begünstigung nach der Tat, Urkundenfälschung und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung. Bezüglich der Frau Weise wurde die Frage nach Begünstigung bejaht. Der Staatsanwalt beantragte gegen Frau Hemberger 3½ Jahre Gefängnis und gegen die Angeklagte Weise 3 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete gegen Frau Hemberger auf 5 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von einem Jahr vier Monaten der erlittenen Untersuchungshaft, gegen Frau Hemberger auf 2½ Jahre Gefängnis unter Anrechnung von einem Jahr drei Monaten Untersuchungshaft und gegen Frau Weise auf einen Monat Gefängnis.

Das Urteil im Danziger Kommunistenprozeß.

Danzig, 11. Okt. Das hiesige Schwurgericht verurteilte gestern nach achttägiger Verhandlung die kommunistischen Abgeordneten Rahn und Schmidt, die beschuldigt wurden, sich gegen den § 105 des Reichsstrafgesetzbuches vergangen zu haben, zu einem Jahr Festung. Auf die Untersuchungshaft wurden je zwei Monate in Anrechnung gebracht. Es wurde den Angeklagten zugebilligt, daß sie aus ideellen Gründen gehandelt und keine ehrlose Tat begangen hätten. Beide Angeklagten wurden sofort aus der Haft entlassen.

Ein Vermächtnis von 150 000 Mark.

Marburg (Lahn), 11. Okt. Die Witwe des einstigen Herausgebers der „Deutschen Rundschau", Julius Rodenberg, hat dem Universitätsbund Marburg 150 000 M als Vermächtnis überwiesen.

NESTLE'S
KINDERMEHL
bewährt stets zuverlässig

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rübner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Nkuus, Berlin-Wilmersdorf, Landshuter Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rübner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211011-19/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

In der Arbeiterzeitung für die Kreise Merseburg und Querfurt vom 11. Oktober 1920, welche seinerzeit von mir als verantwortlichen Leiter redigiert worden ist, war über Frankleben ein Artikel veröffentlicht, welcher geeignet war, den früheren Amtsvorsteher Brandt zu beleidigen. Ich erkläre ausdrücklich, daß der Inhalt dieses Artikels auf irrtümlichen Angaben beruht und daß mir die Absicht einer Beleidigung ferngelegen hat.

Martin Bräuer,
Redakteur.

Bekanntmachung.

Die Merseburger Vieh- und Mastanstalt „Wyandotthof" G. m. b. H. in Merseburg ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden.

Merseburg, den 3. Okt. 1921

Der Liquidator der Merseburger Vieh- und Mastanstalt „Wyandotthof" G. m. b. H. in Liquidation.
Wilhelm Buckoff.

Schlafstellen frei.
Preußerstr. 10, Hof.

Ein Bett frei!
Damaschkestr. 27.

Junger Mann sucht per sofort od. später **ein gut möbliertes Zimmer.** Ang. u. 215 an die Exp. d. Bl.

Anst. jung. Mann sucht **gut möbl. Zimmer.** Ang. u. 213 a. d. Exp. d. Bl.

Jg. Ehepaar sucht für sofort **möbl. Zimmer** mögl. mit Kochgelegenheit. Ang. u. 217 an die Exp. d. Bl.

---

2 anständige Herren suchen **möbl. Zimmer.** Ang. u. 210 a. d. Exp. d. Bl.

Junges Ehepaar sucht **möbl. Wohnung.** Betten können gestellt werd. Ang. u. 211 a. d. Exp. d. Bl.

Leeres Zimmer
von 2 anständigen Herren zu mieten gesucht. Betten und Bettwäsche wird selbst gestellt. Merseburg, Rößen od. näh. Umgebung. Ang. u. K. W. 197 a. d. Exp. d. Bl.

Maschinist sucht Logis
bei Kriegerwitwe im Alter bis zu 30 Jahren. Bei gegenseitiger Zuneigung Heirat nicht ausgeschlossen. Ang. u. H. B. 208 a. d. Exp. d. Bl.

Größere Obstplantage mit zugehörig. Grundstück
zu kaufen gesucht.
Angebote unter 205 an die Exped. d. Bl.

Kleines Mühlengut
nahe der Stadt, sucht Fachmann zu kaufen. Angeb. unt. 206 an die Exp. d. Bl.

Für die uns anläßlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir hierdurch herzlich.

Karl Roos und Frau
Lina geb. Ramthor.
Pretzsch, den 9. Oktober 1921.

Am 7. d. M. verschied an den Folgen einer Operation unser Mitglied

Herr Arthur Hilbert.

Wir werden dem so früh Dahingeschiedenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Merseburg, den 11. Oktbr. 1921.

Philharmonischer Orchesterverein Merseburg.

Nachruf.

Am Freitag entschlief in der Klinik zu Halle unser Mitglied

Herr Oskar Fleischer

im Alter von 24 Jahren.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Verein für Leibesübungen.

Am 10. d. M., nachmittags 4½ Uhr, entschlief sanft nach einem arbeitsreichen Leben nach kurzem schweren Leiden mein lieber, unvergeßlicher Mann, unser treusorgender Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Eduard Deckler

im vollendeten 64. Lebensjahre.

Im tiefsten Schmerze:
Emilie Deckler geb. Albrecht.
Willy Deckler und Frau, Schkopau.
Paul Deckler und Frau, Markröhlitz.
Marta Deckler.
Marx Deckler.
Luise Deckler
und Enkelkinder.

Merseburg, den 11. Oktober 1921.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3 Uhr von der Kapelle des städtischen Friedhofes aus statt.

Oel-Wachs-Schuhputz
Diamantine
ist beste Friedensqualität
Man verlange Dosen mit eingelegtem Zettel: „Friedensware"

Gegen Wanzen, Flöh' und Läuse
Nimmt **Kleesolda** nur der Weise:
Augenblicklich wird gesund
Tier und Mensch und Katz und Hund!
In ½ Stunde vernichten Sie unter **Läuse** Garantie Kopf-, Filz- und Kleiderläuse sow. Brut (Niss.) Wanzen, Flöhe o. Mensch. u. Tier. „Kleesolda". g. gesch. Mitt. Wund. unschädl. Verk. nur Friseur Wenzel, Ob. Burgstr. 6.
5.— und 7,50 Mark.

Sofort vertilgt unter Garantie samt Brut **Läuse** gesetzl. gesch. **Kampolda Wanzen** bei Mensch u. Tier f. Wunden unschädl. **Sofort**
Verkauf nur bei:
Ritter-Drogerie Werner Mahlsfeld.

Torpedo
modernste
Schreibmaschine
Vertretung:
Gustav Engel Söhne, Merseburg.
Tel. 203.
Neu eingeführt. Schreibmaschinen-Unterricht zu mäßig. Preisen. Anfang jederzeit.

Wohnungstausch.
Wer tauscht Wohnung in Merseburg mit Meuschau. Ang. u. 209 a. d. Exp. d. Bl.

Guter warmer
Abendtisch gesucht.
Angeb. mit Preis unt. 212 an die Exp. d. Bl.

Suche in lebhafter Lage Merseburgs zur Anl. eines Lebensmittelgesch.
Grundstück
zu kaufen oder Räume zu mieten.
Ang. u. 207 a. d. Exp. d. Bl.

5000 Mark Darlehen
von strebsamem Beamten sofort gesucht. Deckung vorhanden. Angeb. unt. 216 an die Exped. d. Bl. erb.

---

1 brauner Anzug, mittl. Fig., neu, **1 Paar Herrenschuhe,** Nr. 39, **2 Mädchenblusen** zu verkaufen
Neumarkt 32, t. H.

Ein paar noch unterhalt.
Langstiefel,
Größe 41 bis 42, billig zu verkaufen
Bismarckstr. 4, im Hths.

Dipl.-Schreibtisch
mit Stuhl billig zu verk. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

---

1 gutes Klavier
preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Gute, alte Geige
zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Blattes.

Stubenofen
(eisern) zu verkaufen.
Höher, Brauhausstr. 8.

Unsere Geschäfte

bleiben feiertagshalber
Mittwoch, den 12. Okt.
geschlossen.

H. Taitza, Neumarkt 18, Markt 19.
G. Hoffmann, Markt 19.

Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf

Arbeitsgemeinschaften der Bildungsabende.

1. **Pädagogische Arbeitsgemeinschaft** (Elternschule) **des Oberlehrers Hemprich.** Mittwoch, den 12. Oktober, abends 8 Uhr im „Herzog Christian".
2. **Arbeitsgemeinschaft des Kreisarztes Dr. Kühnlein.** Donnerstag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr im „Herzog Christian": Der Mensch ein Zellenstaat.
3. **Arbeitsgemeinschaft für Kunstgeschichte.** Mittelschullehrer Thielsen. Freitag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr im „Herzog Christian".

Die Leitung der Bildungsabende.

Beamtenhochschulkurse Merseburg

(Ortskartell Merseburg des D. B. B.)

Die Vorlesungen

beginnen am 31. d. M. Vorlesungs-Verzeichnisse und Anmeldung: Weiße Mauer 20, 1 Treppe, bei Stelzer.

---

2 gebr., gut hergerichtete **Knaben Fahrräder** mit Freilauf zu verkaufen
Max Schneider,
Schmale Str. 19.

---

2 Stubenöfen,
1 Küchenherd,
alles in tadellosem Zustande, zu verkaufen
Neumarkt 22, 1 Tr.

Ein Ofen
mit Kochröhre zu verkaufen
Gotthardtstraße 41, Laden.

2½ Morgen
Zuckerrübenkraut
hat abzug. F. Ehrentraut, Clobikauer Str. 11.

Ein 6 Mon. alter
Hund
(Wolfsart) zu verkaufen
Spergau, Gartenstr. 5.

Gründlicher Klavier- und Violin-Unterricht
wird billigst erteilt. Ang. unt. 214 an die Exp. d. Bl.

Aeltere Frau sucht Beschäftigung im Ausbessern außer dem Hause
Zu erfragen
Johannisstraße 8, 1 Tr. r.

Maurer werden noch eingestellt
Baugeschäft Heinr. Schmidt.

Geschlechtskranke!
Rasche Hilfe! Doppelte Hilfe!
Harnröhrenleiden, frischer und veralteter Ausfluß, Heilung in kürzester Frist, Syphilis, ohne Berufsstörung, ohne Einspritzung und andere Gifte, Mannesschwäche, schnelle Hilfe. Weißfluß. — Ueber jedes der 4 Leiden ist eine ausführliche Broschüre erschienen mit zahlreichen ärztl. Gutachten und Hunderten freiwill. Dankschreiben Geheilter. Zusendung kostenlos gegen 1 Mk. für Porto in geschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck durch Dr. med. H. Seemann, G. m. b. H. Sommerfeld 104 (Bezirk Frankfurt Oder) Spezialärztliche Leitung. Leiden genau angeben, damit richtige Broschüre gesandt werden kann.

Eine Grube
Dünger
abzugeben Neumarkt 66.

Futter- u. Zuckerrüben
zu verkaufen
Wallendorf Nr. 13.

Schlüterbrot!
wieder zu haben bei
Otto Zinsly, Oelgrube.

Von morgen Mittwoch ab verkaufe
Pa. Weißkohl
zum Eindecken
noch zu niedrigen Preisen. Rückfracht Sendung 25% teurer.
Gemüsebau Rischmühle.

72er Mittwoch, d. 12. d. M., abd. ½8 Uhr Monatsversammlg. im „Casino".

R.-C. Preußen
C. V.
Gegründet 1901.
Mittwoch, den 12. d. Mts., abends 8 Uhr
Monatsversammlung
im „Hohenzollern". Zahlreiches Erscheinen dringend erforderlich. Der Vorstand.

Deutsche demokratische Partei.

Ortsverein Merseburg

Mittwoch, den 19. d. M., nachm. 6½ Uhr
Sitzung des erweiterten Vorstandes
im Restaurant „Grüne Linde" in Merseburg.
Die wichtige Tagesordnung wird in der Sitzung bekannt gegeben.

Abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im gleichen Lokale.

Tagesordnung.
1. Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag in Halle am 22. und 23. Oktober.
2. **Vortrag** von Dr. Berger. Die Reichsverfassung (mit Lichtbildern).
3. Verschiedenes.

Es ist notwendig, daß zur Sitzung sämtliche Funktionäre der Partei pünktlich erscheinen. Zur Mitglieder-Versammlung bitten wir die Mitglieder, ihre Angehörige und Freunde zu dem überaus wichtigen und interessanten Vortrag mitbringen zu wollen. Der Vorstand.

Mittwoch, den 12 Oktbr., von abends 7 Uhr an
großer
Casino. Mittwoch-Ball:

CASINO. Freitag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr
die berühmten Vereinigten
Leipziger Sänger.

Funkenburg

Sport-, Ball- und Konzert-Lokal.
Mittwoch, den 12. Oktbr., von abends 7 Uhr an
Mittwoch-Ball verbunden mit Freitanz.
Flotte Musik. Neueste Schlager.
Es ladet freundlichst ein Bruno Knoche.

Ratskeller Merseburg

Jeden Mittwoch und Sonntag
erstklassiges
Künstler-Konzert.
Für Monat Oktober Solisten von der Görlach-Kapelle verpflichtet. — Dir. Herr Görlach jun.
Eintritt frei! Otto Kiessler.

Ia Blumenkohl, Grünkohl, Weiß- u. Rotkohl, Kohlrabi, Tomaten, Porree u. Sellerie, Majoran, Walnüsse, winterharte Birnen, sowie einige Zentner **Odenwälder frühblaue Kartoffeln**
kaufen Sie am billigsten
Gemüsebau Rischmühle.

Anst. solid. Mädchen, 21 Jahre, sucht Stellung zum 1. 11. 21. Kochkenntn. vorhanden. Gefl. Angeb. an Frieda Lorenz, Leipzig, Funkenburgstr. 20, 2 Tr. l.

Silberne Armbanduhr auf dem Schützenplatz **verloren.**
Geg. Belohnung abzugeben Ober-Altenburg 5.

Warne hiermit jedermann, meiner Frau Martha Mende auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich keine Zahlung leiste. Max Mende, Frankleben.

Bund der technischen Angestellten u. Beamten

Mittwoch, den 12. d. M., nachmittags 5 Uhr,
Versammlung
im „Ratskeller". Der Vorstand.

Rührige Herren
die sehr gute Beziehungen zu landwirtschaftlichen Kreisen haben und im Besitz einiger Mittel sind, können sich durch
Uebernahme der Vertretung
eines einzig dastehenden Ergänzungsapparates (D. R.-P.) für Dreschmaschinen, der gegen Staub, Schmutz und Spritzen der Körner beim Einlegen sicher schützt und von jedem Landwirt gekauft wird, einen sehr guten Nebenverdienst verschaffen. Vertreter u. Interessenten wollen sich schriftlich oder persönlich umgehend melden bei Hüttmann & Co., Halle, Mühlweg 22 a, 1 Tr., Telephon 1289.

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211011-19/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 238. Dienstag den 11. Oktober 1921. 48. Jahrg.

Die Lage im Reiche.

Die Regierungsbildung in Thüringen.

Die vor einigen Tagen erfolgten Neuwahlen des Thüringischen Landtagspräsidiums hatten als Auftakt schon erkennen lassen, welchen Lauf die Dinge bei der Regierungsbildung nehmen würden. Es hatte sich ein Linksblock aus den beiden sozialistischen Parteien und den Kommunisten gebildet, der über die gewaltige Mehrheit von zwei Stimmen verfügt und die Präsidialämter unter sich verteilte. Dieselbe reine Machtpolitik hat dieser Linksblock nun auch bei der Regierungsbildung ausgeübt und die Ministerposten über Mehrheitssozialisten und drei Unabhängigen übertragen. Denn auch der angeblich parteilose Minister für Justiz und Volksbildung, Herr v. Brandenstein, muß den Mehrheitssozialdemokraten zugezählt werden. Die Begründung, welche die beiden sozialistischen Parteien für die Notwendigkeit der Bildung einer reinen sozialistischen Regierung im Landtage abgegeben haben, daß nämlich in Thüringen eine wirklich republikanische Regierung eingesetzt werden müsse, die den Schutz der neuen Staatsformen absolut verbürge, ist mehr als fadenscheinig; denn das wäre in der Tat kein Grund gewesen, die Demokraten auszuschließen. Diese freilich erstrebten einen Block der Mitte, der zweifellos möglich gewesen wäre, da selbst der Landbund seine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit in der Regierung ausdrücklich erklärt hat. Nicht ganz unschuldig am Scheitern dieses Blocks der Mitte ist freilich die Deutsche Volkspartei, die an ihrem intransigenten Führer, einer alten Schwarzburgischen Exzellenz, festhielt, statt auf den guten Rat meinstädtiger Reichstagsabgeordneter, wie Stresemann, v. Campe und Kahl zu hören und dementsprechend zu handeln, d. h., aus der Rechtsfraktion auszutreten und die Monarchie vorerhand ad acta zu legen. Es ist bedauerlich, daß die Mehrheitssozialdemokratie diesen Versuch der Bildung einer breiten Mitte gar nicht gemacht und sich leichtfertig über den Görlitzer Beschluß hinweggesetzt hat. Eine solche Koalition hätte den Vorzug einer sicheren Mehrheit gehabt, während das jetzige einseitige Parteiregiment nur über zwei Stimmen Mehrheit verfügt und dabei noch auf die höchst unzuverlässige wohlwollende Neutralität der Kommunisten angewiesen ist. Ob dieser Block arbeitsfähig sein und Bestand haben wird, wird sich zeigen müssen. Die Demokraten jedenfalls haben in einer würdigen Erklärung den Regierungsvorschlag abgelehnt. Ihre drei Vertreter im Landtage, darunter der Vater der Thüringischen Verfassung, der Jenenser Professor Dr. Rosenthal, werden sächsische Arbeit leisten.

Herabsetzung der Bahntarife für Speisekartoffeln.

Berlin, 11. Okt. Das preußische Landtagszentrum hat einen Antrag eingebracht, wonach die Eisenbahntarife für die Beförderung von Speisekartoffeln wesentlich herabgesetzt werden sollen, um einen Ausgleich zwischen den Landesteilen, in denen ein Kartoffelüberschuß vorhanden ist und denjenigen, in denen großer Bedarf herrscht, herbeizuführen.

Getreideverschiebungen?

Berlin, 11. Okt. Die Bevölkerung wird seit Wochen stark durch in die Presse gelangte Gerüchte beunruhigt, wonach durch Agenten ausländischer Firmen oder durch gewissenlose einheimische Ausländer Getreide und Kartoffeln in großen Mengen im freien Handel aufgekauft und über die West- oder Ostgrenze ins Ausland verschoben werden. Die Befürchtung geht dahin, daß durch solche Verschiebungen nicht nur die für die eigene Versorgung Deutschlands unzulängliche Inlandsernte geschmälert wird, sondern daß auch dadurch die Inlandspreise für Kartoffeln und freies Getreide ohne innere Berechtigung in die Höhe getrieben werden. Wie das WTB. aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft erfährt, beruhen die zu Beginn des neuen Erntejahres beobachteten Preistreibereien auf dem inländischen Getreidemarkt nicht auf Verschiebungen von Getreide ins Ausland, sondern erklären sich vor allem aus den geringen zunächst auf den Markt gelangten Mengen von Inlandsgetreide und dem in der ersten Zeit allgemein vorhandenen Bestreben, sich nach Möglichkeit sofort mit Getreide einzudecken.

Die Ausfuhr von Getreide und Kartoffeln ins Ausland wird grundsätzlich nicht genehmigt; Ausnahmen im gewissen Sinne Inlandsinteressen nicht schädigenden Umfang für Saatgut, sowie für im Veredelungsverkehr hergestelltes Mehl werden nur unter bestimmten Sicherungsmaßnahmen gemacht. Um Verschiebungen von Getreide und Mehl und Kartoffeln ins Ausland zu verhindern, sind die Kontrollstellen noch zu besonderer Aufmerksamkeit angehalten worden.

Der Hauptausschuß des Landtages

beendete die Vorberatung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung. Angenommen wurden u. a. Anträge auf Ausbau von Licht-, Kraft- und Wasserversorgung, sowie Förderung des Werkstättenwesens zur Beförderung der landwirtschaftlichen Produkte, auf Zuführung der notwendigen Arbeitskräfte für die landwirtschaftlichen Betriebe durch Schaffung von zureichenden Wohnungen, Gewährung ausskömmlicher Löhne, Ausbildung des Volksbildungswesens, auf Beschaffung und Verteilung von Sämereien für die Winter- und Frühjahrssaat, auf planmäßige Förderung der Staatguutwirtschaft zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, auf Beihilfen für kleineren und mittleren Betrieben, auf schleunige Vorlegung eines Gesetzes zur Einführung der obligatorischen Fortbildungsschulpflicht für die in der Landwirtschaft beschäftigten Jugendlichen, auf schleunige Aufbringung der Getreideumlage und Sicherstellung der Brotversorgung bis zur nächsten Ernte, Unterbindung der Ausfuhr von Lebens- und Futtermitteln unter Festsetzung von Zuchthausstrafen, ferner auf nachdrückliche Verfolgung der Lebensmittelwucherer und -verschieber, auf Vorlegung eines Entwurfes wegen Errichtung eines milchwirtschaftlichen Instituts auf Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Zucker, auf Unterlassung der Verarbeitung von Vollmilch zu Trockenpräparaten zwecks Sicherstellung der Milch- und Butterversorgung.

Briketttpreiserhöhung am 1. November!

Essen, 11. Okt. In der gestrigen Mitgliederversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats berichtete der Vorstand von Verhandlungen, die in den letzten Tagen in Berlin gepflogen worden sind und zu einem Ergebnis geführt haben, wonach die Regierung eine Kohlenpreiserhöhung ab 1. November b. J. zugestanden hat. Der Antrag, außer den bereits berücksichtigten Lohnkosten auch die gestiegenen Material- und sonstigen Kosten durch Preiserhöhung auszugleichen, wird erst ab 1. Dezember b. J. wirksam. Lediglich für Briketts tritt mit Rücksicht auf die Steigerung der Bindemittelpreise bereits zum 1. November eine entsprechende Erhöhung ein.

Neue Besprechungen über das Kreditangebot der Industrie.

Dem „B. T.“ zufolge werden die ursprünglich für heute angesetzten Besprechungen zwischen Reichskanzler Dr. Wirth und den Vertretern der Industrie über das Kreditangebot am Donnerstag stattfinden.

Abg. Stresemann über die Regierungsumbildung.

Berlin, 11. Okt. Auf dem niederrheinischen Parteitag der Deutschen Volkspartei in Wesel erklärte Dr. Stresemann mit Bezug auf die Umbildung der Regierung u. a.: Die Aufgabe der Parteivertretung sei es gewesen, ein sachliches Programm aufzustellen, auf

Der Kriegswille der Feinde im Spiegel ihrer eigenen Worte.

Das Bekenntnis der „Times“.

Auch die „Times“ hat schon im Frühjahr 1915 mit der alten Fabel, daß England lediglich für Belgien kämpfe, recht gründlich aufgeräumt. Selbstverständlich notgedrungen! Die immer schwereren Kriegslasten, die dem englischen Volke aufgebürdet werden mußten, machten es geheimerisch erforderlich, den wahren Charakter des Kampfes zu erkennen. In einem Artikel „Warum wir Krieg führen“, führt das demzufolge plötzlich sehr freimütig werdende Blatt u. a. aus:

Es scheint noch immer einige Engländer und Engländerinnen zu geben, die sich über die Gründe, welche England gezwungen haben, das Schwert zu ziehen, in einem großen Irrtum befinden. Sie wissen wohl, daß es Deutschlands schreiende Verletzung der Neutralität war, die den Reich der Entrüstung füllte und das englische Volk zum Kriege drängte. Sie bedenken aber nicht, daß unsere Ehre und unser Interesse uns gezwungen haben, an Frankreichs und Rußlands Seite zu treten, auch wenn Deutschland die Rechte seines kleinen Nachbarn gewissenhaft geachtet und sich den Weg nach Frankreich hinein durch die Festungen des Ostens gebrochen hätte . . . weshalb verbürgten wir uns für die Neutralität Belgiens? Wegen eines gebieterischen Grundes des Selbstinteresses, wegen des Grundes, aus welchem wir von jeher verbinderten, daß eine Großmacht sich unserer Küstlinie gegenüber festsetzte, wegen des Grundes, der uns bewog, die Niederlande gegen Spanien und gegen das Frankreich der Bourbonen und Napoleons zu verteidigen. Wir halten unser Wort; wenn wir es gegeben haben, aber wir geben es nicht ohne gebiegene praktische Gründe, und wir spielen nicht den internationalen Don Quichotte, daß wir allezeit bereit wären, Unrecht gut zu machen, das uns nicht schädigt.

Herr von Bethmann Hollweg hatte ganz recht: selbst wenn Deutschland nicht in Belgien eingedrungen wäre, hätten Ehre und Interesse uns an Frankreich gebunden. Freilich hatten wir uns bis zum letzten Augenblick geweigert, Frankreich oder Rußland gegenüber eine bindende Verpflichtung einzugehen. Jedoch hatten wir ihnen seit vielen Jahren zu verstehen gegeben, daß sie bei einem ungerechten Angriff auf unsere Hilfe zählen könnten.

Wir kehrten zu unserer altherkömmlichen Politik des Gleichgewichts zurück, und zwar aus demselben Grunde, weswegen unsere Vorväter sie angenommen hatten. Gefühlsgründe lagen da nicht vor, weder für sie, noch für uns. Es waren in sich selbst begründete und sogar selbstische Gründe.

An erster Stelle kämpfte England doch nicht für Belgien oder Serbien, für Frankreich oder Rußland. Sie nehmen zwar einen großen Platz in seinem Geiste und seinem Herzen ein, aber doch erst den zweiten; der erste Platz gebührt, und mit Recht, Englandselbst. Für England und für seinen Herrschaftsbereich kämpfen und bluten seine Söhne.

Bekennermut in Amerika.

Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika zeigt die Wahrheit ein viel näheres Leben, als Herrn Wilson lieb ist. Wie der „Vienne Rotterdamsche Courant“ unter dem 14. August 1915 berichtete, hat der frühere Konsul R. F. Thompson bei der Chapple Publishing Co. Ltd. in Boston ein Büchlein herausgegeben, das den Titel „England und Deutschland im Kriege“ trägt. In ihm stellte der Verfasser Briefe zusammen, die er an den amerikanischen Staatssekretär richtete, ein Zeichen, daß hier ein Mann zu den Zeitgenossen spricht, der durchaus bereit ist, das zu vertreten, was er als wahr verkündet. Wir folgen nachstehend den Ausführungen des „Vienne Rotterdamschen Courant“ über den Inhalt des Buches: „In sehr Maßer Weise verteidigt Thompson — der allen Ländern wohlgewogen ist — den Satz, daß Deutschland und der Kaiser den Krieg nicht gewollt haben, sondern, daß er ihnen aufgedrungen worden ist durch die Einkreisungspolitik, die durch König Eduard VII. begonnen und zum unvermeidlichen Ergebnis gebracht wurde durch Grey. Nachdem er auf Grund unwiderleglicher Tatsachen bewiesen hat, daß der deutsche Militarismus in der Welt gehaßt und gefürchtet wurde, nicht, weil der Militarismus aggressiv, sondern lediglich, weil er, wie alles, was die Deutschen unternahmen, tüchtig war, beweist er, daß der wahre Militarismus nicht bei den Deutschen und dem Kaiser — die den Frieden Europas diese Jahrzehnte gesichert hatten — zu suchen sei, sondern bei der britischen Flotte. Sie war die wahre, für die anderen gefährliche, für aggressive Zwecke geschmiedete Waffe, was sich auch durch die Jahrzehnte hindurch gezeigt hat.

Thompson schließt eines der interessantesten Kapitel seines Buches mit folgenden Betrachtungen: Deutschlands auswärtiger Handel breitet sich aus und nähert sich demjenigen Englands mit furchtbarer Geschwindigkeit. Der deutsche Handel beherrscht die Märkte Südamerikas, des nahen und fernen Ostens, Deutschland konkurriert erfolgreich mit England bis nach Sheffield, Manchester und London hinein. Entsprechend der Zunahme seines Auslandshandels, der ihm das überholen seines Inselkonkurrenten sichert, entwickelt es seine Marine. Wer war nun eigentlich in Wirklichkeit für diesen Krieg bereit?

England mit den vereinigten Flotten Frankreichs, Rußlands und Japans und mit einer Streitmacht — auf Friedensfuß — von 2 260 000 Mann zur seiner Verfügung, aber Deutschland mit einem stehenden Heer von 672 000 Mann und einer noch unerprobten Flotte bei seinen Verpflichtungen gegen das schwache Österreich? Hier hat man, was man die diplomatische Verteilung der Karten im Kriegsspiel nennen kann. Aber ich glaube, daß die Kombinationen zu einem falschen Ergebnis gelangen werden, weil man sich geirrt hat im Geiste des deutschen Volkes. Als Verursacher des Krieges können mit Recht genannt werden: Lord Lansdowne, Edward VII., Paul Cambon und Delcassé mit Sir Edward Grey, dem glatten und meisterhaften Leiter des britischen Auswärtigen Amtes und diplomatischen Führer der Welt, als Regisseur des Schauspiels. Einkreisung war der Plan. Deutschland mußte abgesondert werden. Es mußte im Schatten bleiben. Außerhalb der Sonne der internationalen Politik. Die Welt mußte auf dies Land gehetzt werden durch unehrliche Gerüchte und unverdienten Haß.

Dieser Plan, das einzige Volk, das ein Muster bürgerlichen und gesellschaftlichen Fortschrittes ist, entweder zu unterdrücken oder zu vernichten, muß an den Pranger gestellt und bezeichnet werden. Sobald das der Fall ist, wird das amerikanische Volk nicht zögern, auf England und Frankreich als die Schuldigen zu weisen. Ich sage es mit Zögern und Scham, denn ich liebe sowohl England wie Frankreich. Aber ich glaube, daß sie sich — insofern man es admißt nach den Opfern und dem Leid, das sie über sich selbst gebracht haben — in ein hoffnungsloses und wahrscheinlich schlechtes Geschäft begeben haben, wenn sie sich bemühen, den Fortschritt der Welt aufzuhalten, indem sie den vornehmsten und glänzendsten Vertreter dieses Fortschrittes fällen wollen. Ich halte den Versuch, Deutschland zu vereinsamen, für ebenso vergeblich, wie wenn man versuchen wollte, den Versuch mit einem Deckel zu schließen.

Ein Zeugnis der englischen Arbeiterpartei.

Mit wuchtigen Worten spricht sich ein Manifest der englischen Arbeiterpartei über den Kriegswillen der Entente aus:

„Es war nicht die serbische Frage oder die belgische Frage, die England in dieses tödliche Ringen trieb, es ist nicht ein Krieg für unterdrückte Nationalitäten oder für Belgiens Neutralität. Selbst wenn Deutschland Belgiens Neutralität nicht unrechtmäßig verletzt hätte, würden wir hineingezogen sein. Wer glaubt, wenn Frankreich im Streit mit Vertragsrechten in Belgien eingezogen wäre, um Deutschland zu packen, daß wir dann Feindseligkeiten gegen Frankreich begonnen hätten? Hinter dem Rücken von Parlament und Volk hat das englische Ministerium den auswärtigen Angelegenheiten heimlich Dinge mit Frankreich abgesprochen. . . Darum steht England jetzt vor dem roten Verderben, und vor der Verurteilung des Krieges. Verträge und Übereinkünfte haben die republikanische Partei Frankreichs an das tyrannische Rußland gekettet und England an Frankreich. Seinerzeit wird das deutlich gemacht und verantwortungsvolle Männer zur Verantwortung gezogen werden. Welch unüberbrückbarer Widerspruch zu den heuchlerischen Äußerung Greyschens, des früheren britischen Botschafters in Berlin, in seiner letzten Unterredung mit dem deutschen Reichskanzler, daß es „eine Sache von Leben und Tod für die britische Ehre sei, eine feierliche Verpflichtung zu halten und alles zur Verteidigung der belgischen Neutralität aufzubieten.“

Über den Ozean.

Kriminalroman von Erich Ebenstein

38. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Mr. Stone mit seiner schreiend blauen Krawatte, den karierten Beinkleidern und der nicht ganz sauberen Wäsche machte den denkbar schlechtesten Eindruck auf Dr. Loose. Er hatte ein dreistes Gesicht mit verschmitzten frechen Augen und einen brutalen Zug um den breiten Mund. Dazu fuchsrotes Haar.

Und den sollte Serena heiraten? Serena, die zart und anmutig und fein war wie eine Frühlingsblume?

Dr. Loose hätte ihm am liebsten ins Gesicht gelacht, wenn ihm nicht zugleich ein Schauer über den Rücken gelaufen wäre.

Dann fragte er, was die Herren wünschten. Alle drei zugleich begannen es ihm auseinanderzusetzen. Sofort, augenblicklich möge Serena entlassen werden. Sie wollten sie gleich mitnehmen und würden hier warten . . .

Aber Dr. Loose erklärte ruhig, das sei zwecklos, da von einer so plötzlichen Entlassung keine Rede sein könne. Miß Munk selbst wolle das Hospital noch nicht verlassen, da sie sich dazu nicht stark genug fühle. Er als Arzt müsse ihr darin beistimmen und seine Pflicht gebiete ihm, sie darin zu unterstützen.

„Cho“, schrie Thomas Munk, alle Beherrschung verlierend, auf. „Das wollen wir doch erst sehen! Wozu hätten wir denn Gerichte? Kein Gericht Amerikas wird sich weigern, einem Vater beizustehen, der sein Kind zurückfordert!“

„Es steht Ihnen frei, das Gericht anzurufen. Jedenfalls kann dann die Entscheidung nicht heute fallen, und ich ersuche Sie also, dieses Haus nun zu verlassen. Übrigens ist es gar nicht sicher, daß man Ihnen recht gibt. Miß Munk scheint mir bereits in einem Alter zu stehen, das sie nach unseren Gesetzen berechtigt, für mündig zu gelten.“

„Sie ist noch nicht mündig!“

„Gut. Sie werden dies zu beweisen haben. Bringen Sie die nötigen Papiere und reichen Sie Ihre Klage ein. Für jetzt haben Sie hier nichts mehr zu suchen.“

Bei dem Wort „Papiere“ — Dr. Loose entging dies nicht — erbleichten alle drei. Die Brüder Munk wechselten verstohlen einen bestürzten Blick. Gleich darauf aber machte der junge Stone noch einen letzten dreisten Versuch, den Arzt einzuschüchtern.

„Und wenn wir einfach nicht gehen?“ sagte er herausfordernd. „Ich pfeife auf Ihre Gerichte! Ich will meine Braut! All devils — wir sind drei handfeste Burschen —“

„Ich habe acht Burschen in der Anstalt, die nach viel „handfester“ sind als Sie“, unterbrach ihn der Arzt kalt, „und ich gebe Ihnen mein Wort, daß Sie in fünf Minuten hinausgeworfen sind, wenn Sie nicht vorziehen, freiwillig zu gehen!“

Er richtete sich kraff auf und wies nach der Tür.

„Entfernen Sie sich augenblicklich“, sagte er mit blitzenden Augen, und seine bisher beherrschte Haltung wurde gebieterisch, daß ihn die drei ganz verdutzt ansahen und es dann für gut befanden, ohne ein weiteres Wort zu verschwinden.

Loose sah ihnen nicht nach. Er war aus Fenster getreten und suchte mit den Augen das Kiefernboskett, in dessen Schatten er Serena geborgen wußte.

Warum waren sie so erschrocken, als von Papieren die Rede war? Stimmte auch da etwas nicht? Welches Geheimnis wob sich um das süße, dunkle Mädchenköpfchen, das einer andern, längst Entschwundenen so ähnlich war?

Und leise tastete sich wieder ein Gedanke in ihm empor, der ihn schon seit Tagen schmerzhaft quälte, obwohl er ihn als unmöglich stets von sich stieß.

Sie, die er einst mehr liebte als sein Leben, hatte eine Verwandte in Chicago besessen, zu der sie floh, als sie sich von ihm losjagte aus übertriebenem Stolz. Er hatte freilich weder von ihr noch ihren Verwandten eine Spur dort finden können, obwohl er jahrelang in Chicago weilte und nichts unversucht ließ. Aber auch dieser Munk kam aus Chicago . . . konnte Marion ihn nicht später geheiratet haben und — Serena beider Kind sein? Sie hatte ihn vielleicht für tot gehalten? Der Gedanke war entsetzlich. Aber er wurde ihn nicht mehr los . . .

Nachmittags suchte er Serena noch einmal im Garten auf und teilte ihr mit, weshalb man ihn vor Tisch abberufen habe.

Sie erschrak furchtbar.

„Werde ich nun doch mit ihnen von hier fort müssen?“ fragte sie endlich zitternd.

Er hatte ihre Hand ergriffen, diese zarte weiße Mädchenhand, die wie ein Blumenblatt weich und kühl in der seinen ruhte, und streichelte sie gedankenvoll.

„Vorläufig gewiß nicht. Ob später, müssen wir eben abwarten. Würde es Ihnen sehr schwer werden?“

„Ja . . .“

„Warum?“

„Ich weiß es nicht . . . hier sind alle so gut zu mir und ich fühle mich so geborgen . . .“

„Haben Sie dieses Gefühl in Ihrem Elternhaus denn nicht? Ist man dort nicht gut zu Ihnen?“

Serena schwieg. Aber wieder spiegelte sich die leise Unruhe, die so oft in ihren Augen jäh entstand, auf dem gefenkten Antlitz.

„Es ist doch Ihr Vater, der Sie mit sich nehmen will“, sagte Dr. Loose, „und an seiner Seite steht der Mann, den Sie lieben —“

„Wer sagt das? Ich!! Diesen Menschen!!!“ Serena war empor gefahren, ihre Augen sprühten förmlich Protest.

Loose blickte ihr geradeaus in die entrüstet flammenden Augen.

„Ich dachte, Mr. Stone sei Ihr Verlobter — so sagte wenigstens Ihr Onkel.“ Und da ich nicht annehme, daß ein Mädchen wie Sie ohne Liebe heiratet — oder sollte man versucht haben, Sie zu zwingen, Serena? Würden sie imstande sein, einem solchen Zwang je nachzugeben?“

Serenas Augen irrten verstört an ihm vorüber.

„Ich weiß es nicht. Onkel George sagte es mir erst viel später, als wir längst im Schiff waren; sonst wäre ich nie mit ihm gegangen . .“

„Auf welchem Schiff, mein Kind? Ich dachte, Sie seien von Chicago nach Lowry per Eisenbahn gereist?“

Serena wurde vor Bestürzung ganz blaß, senkte den Kopf und schwieg. Da nahm Dr. Loose ihre Hände in die seinen und zwang sie, ihn anzusehen.

„Warum haben Sie nicht Vertrauen zu mir, Miß Munk? Denken Sie wirklich, ich sähe nicht längst, daß ein tiefer Kummer Sie bedrückt? Sprechen Sie sich doch aus! Vielleicht kann ich Ihnen helfen . . .“

„Mir kann niemand auf Erden helfen, auch Sie nicht, Dr. Loose!“

„Oho, das wollen wir doch erst sehen! Also heraus mit der Sprache — was quält Sie eigentlich?“

Statt aller Antwort brach Serena in leidenschaftliches Schluchzen aus. „Hätten Sie mich doch sterben lassen, Doktor Loose . . .“, stammelte sie außer sich. „Schon einmal wollte ich den Tod, da zog mich Blut wieder heraus aus dem Meer . . . Und nun, wenn ich wirklich fort muß von hier . . .“

Loose suchte sie erschrocken zu beruhigen. Er schlang den Arm um sie und bettete den Kopf an seiner Brust. Seine Stimme war weich und voll Sorge.

„So. Sie brauchen kein Wort zu sprechen. Ich will gar nichts mehr hören, da es Ihnen so schwer fällt! Werden Sie mir nur um Gottes willen wieder ruhig!“

Seltsamerweise begann Serena gerade jetzt zu sprechen. Rasch, leise, fieberhaft, erregt glitten die Worte von ihren Lippen.

„Doch — ich will es Ihnen sagen. Seit ich die Heimat verließ, war kein Mensch so gütig mit mir wie Sie! Und Sie werden mir raten, was ich tun soll . . . Ob ich diesem Mann gehorchen muß, der vorgibt, mein Vater zu sein . . .“

„Er ist es also nicht?“ rief Dr. Loose ordentlich erleichtert in sehr freudigem Ton.

„Ich weiß es nicht. Auch darin sollen Sie mir raten. Alles in mir sträubt sich ja so dagegen und doch . . .“

Den Kopf in die Hände gestützt, den Blick grübelnd zu Boden gerichtet, begann Serena zu erzählen. Von ihrer glücklichen Jugend im Hause Hellreut, ihren Freunden, ihrer Liebe zu Spannberg. Dann schilderte sie jenen letzten Abend in der Heimat, als sie sich mit Richard Spannberg verlobt hatte. Als sie von dieser Verlobung dann eine Viertelstunde später ihrem Vater Mitteilung machte, sprach er zum erstenmal mit ihr über ihre Herkunft. Er sagte, daß ein Geheimnis über ihrer Geburt schwebe, daß man deshalb vor der Welt aufrechterhalten werden müsse, da traurige Umstände dazu zwängen. Doch halte er sich für verpflichtet, sie und Spannberg nicht länger in Unkenntnis darüber zu lassen (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211011-19/fragment/page=0005

dem eine breite Koalition sich aufbauen könnte. Die Frage sei zum größten Teil gelöst, und namentlich innerhalb der bürgerlichen Koalitionsparteien bestehe eine weitgehende, wenn nicht eine völlige Übereinstimmung in der Frage der einzuschlagenden Wege. Dagegen sei in der Frage der Aufbringung der finanziellen Mittel noch eine Differenz der Anschauungen mit der Sozialdemokratie vorhanden.

Attentatspläne in Leipzig?

Nach einer Meldung aus Leipzig sollen gegen die dortigen Gerichtsgebäude Attentate geplant sein, namentlich gegen das Landgericht in der Elisenstraße. Die Gebäude werden von Sicherheitspersonen stark bewacht. Die Besucher des Landgerichts müssen sich beim Eintritt einer Leibesuntersuchung unterziehen.

Terrorakte in Berlin.

Die vereinigten Arbeitgeberverbände im Gastwirtsgewerbe hielten hier gestern eine Vollversammlung ab, in der über eine Reihe neuer Terrorakte der streikenden Berliner Gastwirtsangestellten berichtet wurde. Man kam überein, jede Verhandlung mit den Streikenden abzulehnen, solange diese Gewaltakte andauern.

Ein Trauer- und Opfertag in München.

München, 10. Okt. Der gestrige Trauer- und Opfertag für die im Weltkriege gefallenen 15 000 Münchener gestaltete sich zu einer imposanten Trauerkundgebung. Die Stadt trug schwarzen Flaggenschmuck. Nach den kirchlichen Feiern versammelten sich die Teilnehmer der bayerischen Kriegervereine und die studentischen Korporationen am Königsplatz, wo der Trauerakt mit Fanfarenklängen und Musikvorträgen eingeleitet wurde. In den Ansprachen wurde die ernste Bedeutung des Tages hervorgehoben und das Gelöbnis abgegeben, für die Hinterbliebenen und Kriegsinvaliden nach besten Kräften zu sorgen. Der Ertrag des Tages ist zur Schaffung eines Ehrendenkmals für die Gefallenen und zur Unterstützung bedürftiger Kriegsopfer bestimmt.

Kartoffelschieber im Rheinland.

Aachen, 11. Okt. Bekanntlich ist die diesjährige Kartoffelernte gerade im Rheinlande eine äußerst geringe. Schon in den letzten Jahren reichte die rheinische Kartoffelernte bei weitem nicht aus, die so starke Bevölkerung dieses Gebietes aus eigener Erzeugung zu versorgen. Um so ungeheuerlicher ist es, daß Schieberfirmen den niedrigen Stand der deutschen Valuta benutzen, um große Mengen Kartoffeln aus dem besetzten rheinischen Gebiet nach Frankreich und Belgien auszuführen. Festgestellt ist das jetzt von der hiesigen Firma Mond & Co., die 300 Tonnen Kartoffeln nach Belgien und von der Firma Barz-Köln, die 250 Tonnen Kartoffeln nach Frankreich verschoben hat.

Keine Schuld beim Oppauer Unglück zu ermitteln.

Mannheim, 11. Okt. Die Staatsanwaltschaft in Frankenthal hat die Untersuchung wegen des Oppauer Unglücks eingestellt, da keine Schuld eines Unbekannten ermittelt werden konnte.

Dadurch werden hoffentlich all die verhetzenden Gerüchte aus der Welt geschafft, die auch angesichts des Unglücks mit bestimmter Absicht verbreitet wurden. Es wird auch in Oppau, wie schon bei so manchen anderen Unglücken, eine Reihe von kleinen und unerkennbaren Ursachen die gewaltige Explosion herbeigeführt haben, vielleicht durch unbewußte menschliche Unachtsamkeit hervorgerufen und verbreitet. Eine Schuld der Werksleitung aufzubürden, ist durch diesen Beschluß der Staatsanwaltschaft unmöglich geworden.

*

Aus dem besetzten Gebiet.

Die Geschäfts- und Verkehrslage im Rheinland seit Aufhebung der Wirtschaftssanktionen.

Frankfurt, 11. Okt. Seit der Aufhebung der Sanktionen hat der Eisenbahn- und Güterverkehr aus und nach dem besetzten Gebiet einen kaum gesehenen Umfang angenommen. Der Andrang von Gütern ist so gewaltig, daß manche Stationen sich weigern, für die nächsten Tage Eisenbahnwagen zur Versendung anzunehmen. Firmen, auf deren Erzeugnisse, ein besonders hoher Zoll ruhte, hatten mit dem Versand so lange zurückgehalten, bis die Entscheidung über die Aufhebung der Sanktionen gefallen war, und nunmehr suchen die Firmen die seit Monaten aufgehaltenen Aufträge in wenigen Tagen zur Ausführung zu bringen. Im besetzten Gebiete wimmelt es seit der Aufhebung der Sanktionen noch mehr als bisher von französischen Geschäftsleuten, die Waren um jeden Preis zu erwerben suchen, eine Tatsache, die in erster Linie auf den Tiefstand unserer Valuta zurückzuführen ist.

Die Unterdrückung der deutschen Presse im besetzten Gebiet.

Koblenz, 10. Okt. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat den Vertrieb der Tageszeitung „Hamburger Nachrichten" vom 10. Okt. ab auf die Dauer von drei Monaten im besetzten Gebiet wegen der Artikel in den Nummern des Blattes vom 20. und 27. September und 2. und 4. Oktober verboten. Weiterhin hat die Interalliierte Rheinlandkommission auch den Vertrieb der Broschüre „Die Geburt des Hasses" von Horst Halling, erschienen beim Kehraus-Verlag in Berlin-Steglitz, im besetzten Gebiet verboten.

Beschlagnahmung eines deutschen Gymnasiums.

Aachen, 10. Okt. Das hiesige Kaiser-Wilhelms-Gymnasium muß auf Befehl der Besatzungsbehörde geräumt werden, da es zu belgischen Schulzwecken bestimmt ist. Das Gymnasium muß künftig in einer städtischen Volksschule untergebracht werden.

Turnen — Spiel — Sport.

Die Liga-Tabelle

nach der am 9. Oktober erledigten 7. Runde.

Vereine	Gespielt	Gew.	Unentsch.	Verloren	Punkte +	Punkte −	Tore +	Tore −
B.f.L.-Merseburg.	7	5	—	2	10	4	14	8
Sportverein 98 .	5	4	1	—	9	1	7	0
Wacker	5	4	—	1	8	2	21	4
Borussia . . .	6	3	2	1	8	4	22	6
Naumburg 05 . .	7	2	4	1	8	6	15	9
B.f.L. 96-Halle .	5	3	1	1	7	3	13	7
Sportfreunde . .	5	1	2	2	4	6	10	11
Preußen-Halle .	7	1	1	5	3	11	7	32
Favorit	5	—	1	4	1	9	3	16
Sportv. Weißenf.	6	—	—	6	—	12	3	23

Der VfL.-Merseburg hat sich am Sonntag zum zweiten Male an die Spitze unserer Saalekreisliga gesetzt, wobei ihn allerdings der Umstand begünstigte, daß ein Teil der angesetzten Ligaspiele ausfiel. Jetzt fragt es sich nur, wie lange die Herrlichkeit dauern wird! Der nächste Sonntag führt Merseburg mit dem VfL.-Halle zusammen; das ist eine Klippe, die ohne Punktverlust wohl kaum zu nehmen sein wird. Naumburg hat durch das 1:1-Resultat gegen Preußen-Halle einen weiteren Punkt eingebüßt und verfügt nunmehr über zwei Punkte weniger als Merseburg.

*

VfL.

Am vergangenen Sonntag mußten die III. und IV. Herrenmannschaften Niederlagen einstecken, ihre Gegner 96-Halle siegten 3:2 und 4:0. Glücklicher kämpfte die V. Mannschaft gegen Spielv. Neumark III. 3:0 lautet das Ergebnis. Die Jugendspiele auf dem Nulandtplatz gegen Sp.-V. 99 endete wieder mit einem Siege des VfL., wider Erwarten hielt sich die I. Jugend gut, so daß sie mit dem Ergebnis von 2:1 als Sieger den Platz verließ, ein Elfmeter wurde verschossen; die II. Jugendmannschaften spielten 1:0 für VfL.; die I. Knaben hatten gegen 98 I ein 1:1 unentschieden heraus.

B.-C. „Preußen".

Die am Sonntag ausgetragenen Spiele brachten folgende Ergebnisse: Preußen II schlug nach überlegenem Spiel die gleiche Elf des Halleschen F.-C. „Comet" mit 6:0. — Die III. Mannschaft brachte es gegen Eintracht III-Halle sogar auf 8:0. — Preußen IV teilte sich mit der gleichen Elf des Sp.-V. 99 mit 2:2 in die Punkte. — Die I. Jugend-Elf unterlag, obwohl sie bei Halbzeit mit 2:0 führte, gegen Sp.-V. 98-Halle I. Jgd. mit 4:3. — Mit 3:0 siegte die I. Knaben-Elf gegen Spielvereinigung-Neumark I. Knaben. — Die II. Knaben-Elf (8 Mann) unterlag gegen Eintracht-Crumpa II. Knabenmannschaft mit 1:0.

Germania I—Spielvereinigung 1919-Neumark 8:0 (5:0).

Das Sonntag-Spiel obiger Mannschaften brachte eine Riesenüberraschung, indem Germania seinen Gegner so glatt hineinlegen konnte. Neumark legte sofort ein Höllentempo vor, Germania war etwas überrascht. Nach etwa 10 Minuten Freistoß für Neumark, der Ball landet im Tor der Germanen, alles ruft Tor, doch Abstoß. Nun befinnt sich Germania, und in der 15. Minute sendet Görnandt zum ersten Tore ein. 2 Minuten später kann P. Stößel einen Schuß ins leere Tor anbringen. Germania führt mit 2:0. Nun haben unsere Blau-weißen das Heft in der Hand, und in der 30., 35. und 40. Minute muß der gegnerische Torwart den Ball passieren lassen. Halbzeit 5:0. Nach der Pause dasselbe Bild. Germania ist dauernd im Angriff, die erledigung in der Mitte! Doch erst in der 60. Minute fällt das 6. Tor durch Görnandt, dem P. Günther in der 68. und 71. Minute noch zwei unhaltbare Treffer anreiht. Germania konnte also als glücklicher Sieger das Spielfeld verlassen. Der Germania-Mannschaft gebührt ein Gesamtlob. Richter im Tor mußte verschiedene Male rettend eingreifen, er verriet große Sicherheit. Verteidigung und Läuferreihe waren sehr gut, und auch der Sturm zeigte ein glänzendes Zusammenspiel; vor allen Dingen wurde viel und gut geschossen. Die Tore verteilen sich auf Görnandt (4), P. Günther (3), P. Stößel (1), Eckenverhältnis 6:3 für Germania. — Germania II—Spielvereinigung II-Neumark 3:1 (2:0). Auch das letzte Verbandsspiel konnte Germania II siegreich beenden, mit 3:1 mußte die Spielvereinigung-Neumark daran glauben. Auch hier das gleiche Bild wie bei der I. Mannschaft. Spielvereinigung drückte etwas, doch nach etwa 20 Minuten macht sich Germania frei und gibt jetzt das Tempo an. Schneider II flankt und Gießmann kann durch guten Kopfball die Blau-weißen in Führung bringen. Zwei Minuten später landet ein Prachtschuß desselben Spielers im Netz der Spielvereinigung. Halbzeit 2:0. Nach Halbzeit drückt Spielvereinigung und durch Fehler der Verteidigung kommt sie zu ihrem Ehrentor. Schon glaubt man, daß es bei diesem Resultat bleibt, als eine Minute vor Schluß Cornelius noch einmal für die blau-weißen Farben einsendet und so den Sieg sicherstellt. Germania II beendete hiermit seine Herbstserie und hat von 4 Spielen 3 gewonnen und 1 verloren. — Die Spiele der I. Jugend- und I. Knabenmannschaft fielen aus, da der Kasernenhof gesperrt war.

Verein für Leibesübungen Körbisdorf.

Unsere I. Mannschaft stand am vergangenen Sonntag im Verbandsspiel dem VfB.-Lauchstedt gegenüber und schlug ihn überlegen mit 9:1. Eckenverhältnis 6:0. Es ist schade um die Mannschaft, daß sie in einer so niedrigen Klasse spielen muß, sie würde sich auch in der höheren Klassen durchschlagen. Mit bewunderungsvoller Sicherheit und Schnelligkeit ging der Sturm vor, speziell das Innentrio. Nur fehlte es vor dem Tor noch immer am Schuß, das Resultat wäre sonst noch höher ausgefallen. Die Mannschaft verdient ein Gesamtlob. Von Lauchstedt wurde die Richtigkeit unserer Mannschaft anzweifelt, sie sollte unberechtigt sein. Auch die Lauchstedter Mannschaft spielte aufopfernd und bewiest bis zum Schluß ein schnelles Tempo bei, leider fehlte dieser Mannschaft noch das Zuspiel, sie gibt sonst aber einen nicht zu unterschätzenden Gegner ab. — Die II. Mannschaft war spielfrei. — Die I. Jugend mußte sich der körperlich weit überlegenen I. Jugend von Rössen mit 0:5 beugen. Es wäre dringend notwendig, wenn sich die Verbandsleitung diese Jugendmannschaft einmal ansehen würde. — Auch die I. Schülermannschaft verlor gegen Ammendorf I 2:4, nachdem sie bis Halbzeit 2:0 geführt hatte.

Seltene Ehrung eines Turnveteranen.

Der Deutsche Turntag in Kassel beschloß, in Würdigung langjähriger großer Verdienste um die deutsche Turnsache dem 75 Jahre alten Turnveteran Vergolder Adolf Welach in Halle a. S. die Ehrenurkunde als höchste Auszeichnung der deutschen Turnerschaft zu verleihen. Diese Auszeichnung besitzen nur einzelne hochstehende Personen.

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 76 — Dienstag, den 11. Oktober 1921

Lustbarkeitssteuer.

Es wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß die Erhebung der Lustbarkeitssteuer vorläufig unter der Bedingung, daß die Stadt Merseburg vom 25. Februar 1921 ab die Erhebung von Lustbarkeiten aller Art vor deren Beginn beim Magistrat (Stadtsteueramt) anzumelden ist, hinzuweisen,

wie bei der Stadt Merseburg, die Abhaltung von Veranstaltungen, die der Lustbarkeitssteuer unterliegen, in ihren Räumen nicht dulden, bevor ihnen nicht die Anmeldebescheinigung, welche jedem Veranstalter erteilt wird, vorgelegt ist.

Es wird weiter darauf hingewiesen, daß für die Zahlung der Steuer nicht nur der Veranstalter, sondern auch der Gastwirt, Schank- und Speisewirt für die Steuerentrichtung haftet und daß der Gastwirt, Schank- und Speisewirt, bevor er neben dem Veranstalter auf das Ganze haftet,

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften sind mit einer Geldstrafe bis 1500 M bedroht, unbeschadet der Einleitung eines Verfahrens wegen Steuerhinterziehung (§ 17 a. a. O).

Merseburg, den 7. Oktober 1921.

Der Magistrat.

Berichtigung!

Der Beschluß des Beirats-Ausschusses vom 24. 8. 1921 — B. A. 2797 — zu der in Ziffer 70 des Amtsblattes der Stadt Merseburg vom 16. 9. 21 veröffentlichten Ortssatzung betr. die Entrichtung von Beiträgen zur Herstellung und Unterhaltung von Anlagen, die den öffentlichen Interessen dienen, muß wie folgt lauten:

Beschluß.

Die von den städtischen Körperschaften zu Merseburg beschlossene Ortssatzung vom 3. März 1921, betr. Entrichtung von Beiträgen zur Herstellung und Unterhaltung von Anlagen, die den öffentlichen Interessen dienen, wird genehmigt.

Merseburg, den 24. August 1921.

B. A. 2797. — **Der Beirats-Ausschuß zu Merseburg a. S.** gez. Dr. Loeflence.

Merseburg, den 8. Oktober 1921.

VII. 1230/21. — **Der Magistrat.**

Weibliche Berufsschule (Fortbildungsschule).

Der Unterricht beginnt für die kaufm. Abteilung (Verkäuferinnen, Kontoristinnen, Bürogehilfinnen) **am Donnerstag den 13. Oktober 1921, nachm. 5 Uhr.**

für die gewerbl. Abteilung (Schneiderinnen, Putzmacherinnen, ungelernte Arbeiterinnen) **am Freitag den 14. Oktober 1921, nachm. 5 Uhr.**

Die Unterrichtsräume befinden sich Weiße Mauer (Barack) — früher Volksküche.

Merseburg, den 6. Oktober 1921. — VI. 635/21.

Der Magistrat.

Betrifft: Einreichung von Sparbüchern zwecks Umschreibung.

Vom 2. Januar 1922 an wird die städtische Sparkasse in Merseburg die maschinelle Buchungsformen führen, d. i. Druck von Sparbuch, Kontokarte, Journal- und Kassenzettel mit einer durch elektrische Kraft angetriebenen Sparkassenbuchungsmaschine.

Die alten im Umlauf befindlichen Sparbücher sind für den Druck anders eingerichtet, deshalb ist bei Beginn des kurzen Umschreibens und der durch die Umschreibung Tabellenform nicht geeignet. Umschreibung dieser Bücher ist erforderlich.

Wir bitten die Einwohner von Merseburg und Umgegend, die vorbezeichneten alten Sparbücher baldmöglichst an unserer Kasse zur Umschreibung einzureichen.

Um den Kassendienst vormittags nicht zu hören, richten wir für die Erledigung der Umschreibungsarbeiten von **Montag den 10. Oktober 1921** ab einen besonderen Nachmittagsdienst ein und zwar bis auf weiteres jeden **Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, nachmittags von 3—5 Uhr.**

Wir bitten von dieser Einrichtung ausgiebig Gebrauch zu machen.

Merseburg, den 6. Oktober 1921.

Tgb.-Nr. Sp. 259/21. X. 1200/21. — **Städtische Sparkasse.**

Druck und Verlag der Firma E. L. Rössner in Merseburg.

Der große Pickel

und der kleine Pickel

machen den Damen viel Sorge, aber sie können schnell und gründlich beseitigt werden durch Waschungen mit Aol-Seesand-Mandelkleie. Blumenzarte, jugendfrische Gesichtshaut, rosigen, klaren Teint durch die gesundheitdienliche Aol-Seesand-Mandelkleie. Ueberall erhältlich.

Durch äußerst günstigen Einkauf infolge schnellen Abräumens der Weidebestände Oldenburgs und Ostfrieslands empfehle ich ab Donnerstag, den 13. d. M.,

60 Stück
allerschwerste, hochtragende
Kühe
und hochtragende
Färsen
sowie allerbeste
Milchkühe,
Jungrinder und Zuchtbullen

in ganz hervorragender Qualität zu billigen Preisen.

Louis Nürnberger
Zuchtvieh-Import,
Merseburg. Tel. 28. Am Bahnhof.

Die Qualität

ist unerreicht, dem Rotfrschkönig niemand gleicht

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder

Alleinhersteller Werner & Mertz A.-G. Mainz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211011-19/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 6.— Mk., durch unsere Austräger 6.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 6.— Mk. und 85 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 7 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer 30 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 35 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk., für Ziffernanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg“ und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“, der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd“ und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg“

Nr. 238 — Dienstag den 11. Oktober 1921 — 48. Jahrg.

Die Sorge um Oberschlesien.

Bei seiner Rückkehr von einem kurzen Urlaub hat der Reichskanzler Dr. Wirth in Offenburg Gelegenheit genommen, in einer größeren Rede die politische Lage zu erörtern. Der Kanzler hat sich dabei besonders auch der oberschlesischen Frage zugewandt und hat seine Besorgnis nicht verhehlt. „Ich bin sehr besorgt um das Schicksal dieses Landes“, so heißt es in der Kanzlerrede, und leider scheint die Besorgnis Dr. Wirths nur allzu berechtigt zu sein. Alle Nachrichten aus Genf lassen erkennen, daß dort sich eine Lösung der oberschlesischen Frage vorbereitet, die für Deutschland unerträglich sein würde. Zu dem Fiasko des Völkerbundes in der litauisch-polnischen Frage, zu dem Fiasko des Bundes in der Frage der Hilfeleistung für das hungernde Rußland scheint sich nun auch noch die Bankrotterklärung in der oberschlesischen Frage gesellen zu sollen.

Man kann heute kaum noch einen Zweifel daran haben, daß die Entscheidung über Oberschlesien gar nicht mehr beim Völkerbund, sondern daß sie bereits wieder in London und Paris liegt. Die Schweizer Depeschenagentur hat dieser Anschauung ganz offen Ausdruck verliehen. Der gewöhnlich gut unterrichtete Genfer Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“ erklärt zwar diese Meldung für zu weitgehend, aber auch er muß doch zugeben, daß die Kommission des Völkerbundes „politische Erwägungen nicht außer acht lassen könne“ und sich in London und Paris erkundigt habe, wie man über ihren Plan denke. Auf diese Anfragen in London und Paris ist denn auch die Verzögerung der Entscheidung zurückzuführen. Diese Art der Erledigung, durch die sich ja der Völkerbund mehr oder minder selbst ausschaltet und die Entscheidung wieder in die Hände des Obersten Rates legt, hat auch bereits — wie bestimmt versichert wird — dazu geführt, daß ein nichteuropäisches Mitglied des Rates erklärt hat, er wolle sich von der ganzen Angelegenheit zurückziehen, denn wenn die Mächte in dieser Weise vorgingen, so wolle er mit den europäischen Angelegenheiten überhaupt nichts mehr zu tun haben. Seinen Kollegen ist es unter Aufbietung all ihrer Überredungskunst gelungen, dieses Fiasko nach außen zu verschleiern und das in Frage stehende Mitglied des Völkerbundsrates zu einer Änderung seiner Haltung zu veranlassen. Tatsächlich ist ja auch die Lage für die Delegierten beim Bunde nicht eben einfach. Einige dieser Mitglieder schwanken, wie es in dem berüchtigten Deutsch einer Ost-Europe-Meldung heißt, „sichtlich zwischen ihrer Ergebenheit dem Völkerbund gegenüber, zwischen ihren internationalen Verpflichtungen und ihrer Loyalität gegenüber ihren eigenen Regierungen“.

Über den Plan, der nun also wieder zwischen London und Paris diskutiert wird, liegen mancherlei Meldungen vor. Bald heißt es, man habe sich auf die Sforza-Linie geeinigt, bald wird von einer „verbesserten“ Sforza-Linie gesprochen und ferner, was zu der größten Besorgnis Anlaß gibt, von der Schaffung eines oberschlesischen Kohlenstaates. Aus dem Industrie-Dreieck in Oberschlesien soll angeblich ein autonomes Wirtschaftsgebiet innerhalb des polnischen Staates gebildet werden. Diesem Gebiet soll die deutsche Währung garantiert werden, es sollen keine Zollschranken gegen Deutschland gezogen werden und ferner soll das Verkehrswesen deutsch organisiert bleiben. Es braucht wohl nicht weiter betont zu werden, daß bei der Schaffung eines solchen Provisoriums nie ein politischer oder wirtschaftlicher Ruhezustand eintreten würde. Es braucht auch wohl ferner nicht besonders betont zu werden, daß all diese Lösungen, von denen jetzt immer wieder die Rede ist, sei es nun, daß es sich um die Sforza-Linie oder um die Korfanty-Linie oder um die Schaffung eines autonomen Wirtschaftsstaates handle, nichts mehr zu tun haben mit dem von Lloyd George seinerzeit feierlichst zugesagten fair play.

Für Deutschland ist jede dieser Kompromißlösungen undiskutabel. Das muß immer wieder betont werden, und zwar nicht etwa, weil Deutschland sich irgend welchen Verpflichtungen des Friedensvertrages entziehen will, sondern gerade deshalb, weil Deutschland hier für die unbedingte Einhaltung der klaren Bestimmungen des Vertrages eintritt. Darüber hinaus muß gerade eine „Regierung der Erfüllung“ ganz unbedingt für das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland eintreten, denn nur so ist eine Erfüllung der ungeheuren Verpflichtungen, die Deutschland übernommen hat, denkbar. Es ist ja oft genug gezeigt worden, wie die Leistungsfähigkeit Deutschlands von dem Verbleiben Oberschlesiens beim Reich abhängt. Die oberschlesische Frage ist für Deutschland eine Lebensfrage.

Auch darüber soll man sich im Auslande nicht täuschen, von welcher ungeheuren Bedeutung für die innere Lage in Deutschland die Entscheidung über Oberschlesien werden kann. Man hat im allgemeinen ja den Eindruck, als ob die Entente das Kabinett Wirth mit seinem Erfüllungsprogramm erhalten möchte. Man wird sich darüber klar werden müssen, wie man durch eine ungünstige Lösung der oberschlesischen Frage die nationalistische Opposition in Deutschland stärken würde, und es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß auch nach einer ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien in Deutschland alles beim alten bleiben würde.

*

Eine Kabinettssitzung wegen dem oberschlesischen Problem.

Dem B. T. zufolge ist für Dienstag vormittag eine Kabinettssitzung anberaumt, in der das oberschlesische Problem und die sich aus der Entscheidung ergebenden Folgen beraten werden sollen. Zu dieser Sitzung wird, wie Blatt mitteilt, Reichsminister des Äußern Dr. Rosen über seine Besprechungen mit dem deutschen Botschafter in London, Sthamer, berichten. Nach einer andern von den Blättern wiedergegebenen Version soll der Reichskanzler gestern abend unmittelbar nach der Rückkehr des Kanzlers über das oberschlesische Problem beraten haben.

Außerordentliche politische Spannung in Berlin.

Berlin, 11. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die Sitzung des Reichskabinetts, die heute nacht unmittelbar nach der Ankunft des Reichskanzlers begann und bis nach 1 Uhr nachts dauerte, ist heute vormittag wieder aufgenommen worden, und dehnt sich bis in den Nachmittag aus. In der Nachtsitzung erstattete der Außenminister Dr. Rosen Bericht über die Lage, im besonderen Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung über Oberschlesien in Genf. Es schloß sich eine ausgedehnte Aussprache daran, die schließlich abgebrochen und heute vormittag wieder aufgenommen wurde. Diese Aussprache ist von vornherein für streng vertraulich erklärt worden. Immerhin hält es die zuständige Stelle für nützlich, verschiedenen falschen Gerüchten entgegenzutreten, die aus Kombinationen über die nächtliche Kabinettssitzung entstanden sind, und in verschiedenen Blättern wiedergegeben wurden. So wird behauptet, der Außenminister Dr. Rosen habe dem am Sonntag in Berlin gewesenen deutschen Botschafter Dr. Sthamer in London bestimmte Wünsche und Aufträge mit auf den Weg gegeben, etwa in der Richtung, daß Dr. Sthamer in London darauf aufmerksam machen solle, daß das Reichskabinett im Falle einer ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien zurücktreten werde. Diese Gerüchte treffen nach unseren Informationen nicht zu. Eine derartige Anweisung an den Botschafter wäre ganz überflüssig, denn das Ausland weiß aus wiederholten Äußerungen des Reichskanzlers Dr. Wirth, daß er den Verlust seiner Regierung von der Entscheidung über Oberschlesien abhängig macht. Unter dem Einfluß der außerordentlichen politischen Spannung laufen noch verschiedene Gerüchte um, die sich in der Richtung bewegen, daß im Reichskabinett ein Gegensatz zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth und dem Außenminister Dr. Rosen bestehe. Über diese Gerüchte äußerte sich die zuständige Stelle natürlich sehr zurückhaltend, doch ist zu hoffen, daß sie noch im Laufe des Tages geklärt werden.

Minister Gradnauer fordert die Mithilfe Frankreichs.

Berlin, 11. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Der Berliner Vertreter des Blattes „Ouvre“ hatte eine Unterredung mit dem Reichsminister Dr. Gradnauer. Der Minister erklärte, die finanzielle Lage Deutschlands sei schwierig und sie sei, solange die Deutsche Volkspartei ihre Mitarbeit an der Regierung versagte, bedrohlich gewesen. Jetzt aber habe die Deutsche Volkspartei offenbar die Politik des Kabinetts Wirth verstanden und scheine sich ihr anzuschließen. In Frankreich dürfe man nicht glauben, daß der Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung eine Änderung des politischen Kurses in Deutschland bedeute. Die finanzielle Lage bleibe schwierig und Frankreich müsse Deutschland helfen. Frankreich müsse mithelfen, besonders beizutragen, daß die Entscheidung über die oberschlesische Frage nicht zum Nachteil Deutschland gelöst werde. Oberschlesien habe keine militärische Bedeutung, sondern es sei die Produktionsquelle, die allein Deutschland es gestatten würde, seinen wirtschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen.

Englische Intervention gegen Polens Bevorzugung.

Paris, 11. Okt. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, soll die Diskussion im Völkerbundsrat in Genf erst in einem oder zwei Tagen beginnen sein. Allen Anscheine nach kann man befriedigen, daß die Lösung, zu der man sich orientiert, darin besteht, Oberschlesien einschließlich des Industriegebiets gemäß dem arithmetischen Ergebnis der Volksabstimmung zu teilen und provisorisch durch eine Spezialorganisation die wirtschaftliche Einheit des Landes aufrechtzuerhalten. Das Blatt behauptet, angeblich nach Berliner Nachrichten, England habe in Genf interveniert, um sich einer proportionischen Lösung zu widersetzen.

Das Wiesbadener Abkommen vor der Reparationskommission

Paris, 11. Okt. Das Wiesbadener Abkommen ist gestern von der französischen Regierung der Reparationskommission mitgeteilt worden. Die Kommission wird unverzüglich mit der Prüfung beginnen. Man glaubt, daß sie ihre Ansicht schon im Laufe der nächsten Woche bekanntgeben wird.

Um die Annullierung der interalliierten Schuld.

Manchester, 11. Okt. Die hiesige Handelskammer hat gestern eine Entschließung angenommen, in der die Regierung darauf hingewiesen wird, daß es von höchstem Werte wäre, die interalliierten Schulden zu annullieren oder zu prolongieren. Ferner heißt es in der Entschließung, diese Maßnahme würde das kräftigste Mittel bedeuten, um den chaotischen Zustand der ausländischen Wechselkurse, der in hohem Maße für den Stillstand des Handels und die Arbeitslosigkeit verantwortlich sei, zu verbessern.

Keine Bewaffnung der Arbeiter in Wien.

Wien, 11. Okt. Die Politische Korrespondenz erfährt von zuständiger Seite, daß die Meldung eines Montagsblattes, daß die Arbeitersportvereine, und zwar mit Zustimmung der Regierung, bewaffnet worden seien, völlig aus der Luft gegriffen ist.

Die belgische Delegation für die Abrüstungskonferenz.

Brüssel, 11. Okt. Der Ministerrat hat gestern von der Einladung zur Teilnahme an der Washingtoner Konferenz Kenntnis genommen und beschlossen, daß der belgische Gesandte in Washington als Delegierter an dieser Konferenz teilnehmen soll. Der Ministerrat hat sich vorbehalten, die belgische Delegation eventuell durch andere Persönlichkeiten zu vervollständigen.

Der „Vorwärts“

ist infolge der für Deutschland ungünstig lautenden Nachrichten aus Genf um das Schicksal des Kabinetts Wirth äußerst besorgt. Das Blatt schreibt: Die Sozialdemokratie steht in Verteidigungsstellung zum Schutze des Kabinetts Wirth und seiner bisherigen Politik. Sie ist von vorn angegriffen von den Nationalisten Deutschlands und sie ist im Rücken bedroht durch die Entscheidung über Oberschlesien. Ob sie imstande sein wird, ihre Stellung zu behaupten, das wird von der Entscheidung über Oberschlesien abhängen. Fällt diese so ungünstig aus, wie hier befürchtet wird, so werden wir deshalb noch nicht die Flinte ins Korn werfen, aber wir dürfen uns auch nicht verhehlen, daß dann die Zukunft sehr dunkel vor uns liegt.

Zusammenritt des Reichstagsausschusses.

Wie die Blätter aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten am Mittwoch zusammentreten, um über die oberschlesische Frage zu beraten.

Die Polen bedrohen Deutsche in Oberschlesien.

Wie man uns aus Kattowitz meldet, trafen am Sonnabend in Beuthen 70 deutsche Männer aus Friedenshütte ein, die durch Bedrohung seitens der Polen zur Flucht genötigt waren. Auch aus Lipine und anderen Orten kamen deutsche Flüchtlinge nach Beuthen.

Deutsche Arbeitervertreter reisen nach London.

Wie das B. T. erfährt, ist gestern abend eine Abordnung von deutschen Arbeitervertretern nach London gereist. Diese Reise ist veranlaßt durch die alarmierenden Nachrichten über den Stand der oberschlesischen Frage.

Ein oberschlesisches Kompromiß?

Der in Genf weilende Vorsitzende der oberschlesischen Zentrumspartei Ulitzka erklärte einem Korrespondenten des „B. T.“, der von dem Tschechen Kowac und dem Schweizer Herold ausgearbeitete Entwurf sei von dem Bestreben diktiert, in der oberschlesischen Frage eine Einigung zwischen England und Frankreich herbeizuführen und hat alle Fehler eines Kompromisses in höchster Potenz. Man glaubt die verhängnvolle Lösung darin gefunden zu haben, daß man politisch das oberschlesische Industriegebiet zu einem guten Teile zu Polen schlägt, diesen polnisch gewordenen Teil aber gemeinsam mit dem deutsch gebliebenen als wirtschaftliche Einheit erhalten will. In dem naturnotwendig gegebenen Konflikte um die wirtschaftliche Vorherrschaft werde die deutsche wie die polnische Bevölkerung Oberschlesiens gleichmäßig leiden. Der Plan ist praktisch undurchführbar. Von der oberschlesischen Bevölkerung und der deutschen Regierung muß klar und entschieden die Unannehmbarkeit und Undurchführbarkeit dieses Projektes erklärt werden. Eine solche Lösung ist eine Brüskierung des reparationswilligen Kabinetts Wirth und bedroht den Bestand des Kabinetts und dessen verhängnvolle Politik aufs schwerste. Das fragliche Projekt hat die oberschlesische Frage nicht gefördert, sondern um ein großes Stück zurückgeschleudert.

Entscheidung des Völkerbundsrates am Mittwoch.

Der Genfer Korrespondent des „Temps“ teilt mit: Die Vorlegung des von den vier Mitgliedern ausgearbeiteten Entwurfes im Völkerbundsrat sollte gestern vormittag stattfinden sollen. Sie sei auf Mittwoch verschoben worden. Der Völkerbundsrat habe sich also noch nicht mit Oberschlesien beschäftigt. Er werde am Mittwoch unter dem Vorsitz des Vicomte Ishii zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten, um von dem Ergebnis der Beratungen der Viererkommission Kenntnis zu nehmen. Am gleichen Abend werde er sich über die dem Obersten Rat zwecks Teilung Oberschlesiens „zu empfehlenden Lösung“ einigen.

Ein englischer Parlamentarier für die Unteilbarkeit Oberschlesiens.

London, 10. Okt. Das Parlamentsmitglied Kennworthy schreibt in einem Brief an die „Times“, es scheine die Gefahr zu bestehen, daß die britische öffentliche Meinung, beschäftigt mit den irischen Verhandlungen, mit Washington, mit der Arbeitslosigkeit und den hohen Steuern in ihrem Interesse für die ebenso wichtige oberschlesische Frage nachlasse. Dies würde bedeuten, daß Lloyd George und seine Kollegen ebenso das Interesse daran verlieren würden. Kennworthy fährt fort, das oberschlesische Problem sei heute ebenso wichtig, wie jedes andere Problem.

Denn von der richtigen Lösung der oberschlesischen Fragen hänge die wirtschaftliche Lage Europas ab und damit verknüpfe sich die Hoffnung auf ein Wiederaufleben des englischen Handels. Ein neues Elsaß-Lothringen könnte hier mit ähnlichen Ergebnissen geschaffen werden. — Es gehe das Gerücht, daß Oberschlesien jetzt doch geteilt werden solle und daß eine politische und eine wirtschaftliche Grenzlinie gezogen werden soll. Nichts sei weniger durchführbar. Jede Teilung Oberschlesiens würde ein wirtschaftliches Verbrechen sein, nicht nur gegen die Provinz selbst und gegen Deutschland, sondern auch gegen Polen und das übrige Mitteleuropa. Das mindeste, was der Völkerbund tun könne, sei, die Bewohner Oberschlesiens erst zu befragen. Oberschlesien sei der höchstentwickelte Industriebezirk Europas und sei unteilbar wie das Werk einer Uhr. Die Mehrzahl der Bevölkerung sei gegen die Teilung. Sie wisse, daß sie den Ruin bedeuten würde.

Die strittigen Punkte.

Paris, 11. Okt. Zu den Enthüllungen des „Newyork Herald“ über die Vorgänge in Genf schreibt die rechtsstehende „Libre Parole“:

Die Meinungsverschiedenheiten erstrecken sich auf zwei Punkte, zunächst auf die Zuteilung von Kattowitz und Königshütte an Polen und dann auf die Einsetzung einer internationalen [illegible] Kontrolle, die unzu[illegible]e, die die neue Diploma[illegible]e dem Belgier Hymans [illegible] auch zu der unwahrsch[illegible]

N[illegible]hlesien.

Es [illegible] polnische Putsch, dessen An[illegible]ung verschoben worden. [illegible] Beuthen besagt folgendes: [illegible] r verschlossenen Türen ei[illegible] und politischen Führer b[illegible] Debatten. Das Ergebnis [illegible] rischen Führer haben sich [illegible] halten. Infolge unv[illegible] des Aufstandes verlängert [illegible] uf einige Tage. Daß die [illegible] enen Tatsachen über die [illegible] Polen für [illegible] nen selbst die neuen A[illegible] bewegenen. Polnische[illegible] ruck auf einen neuen Ge[illegible] g nur Gewehr bei Fuß.

Die [illegible] io „Deutsche Allgem[illegible] die Zeit vom 11. bis [illegible] ür diese Maßregel hat [illegible]

Englands [illegible] die letzte Reichstagsrede.

London, 11. Okt. Die vom Reichskanzler Dr. Wirth in seiner Offenburger Rede zum Ausdruck gebrachte Hoffnung auf eine nicht allzu ferne Konferenz zur Erörterung der drohenden Weltkrise wird von den Abendblättern an hervorragender Stelle gebracht neben den Worten Briands, daß die Großindustriellen und Staatsmänner der gesamten Welt vielleicht bald die Notwendigkeit einer Solidarität untereinander empfinden, würden im Interesse eines jeden Landes liegen, damit die Aufmerksamkeit der Welt auf die Notwendigkeit einer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211011-19/fragment/page=0007